

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Dienstag, den 24. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Überdreadnought.

Aus London wird gemeldet:

Die Marineschriften veröffentlichen nähere Einzelheiten über den neuen Dreadnought, dessen Stapellauf am 12. Oktober in Portsmouth von Statten gehen wird. Sobald dieses neue Kriegsschiff in Dienst gestellt sein wird, soll zum Bau eines weiteren, an Größe den letzteren weit übertreffenden Dreadnoughts geschritten werden. Der neue Überdreadnought wird eine Wasserverdrängung von 30 000 Tonnen und 90 000 P.S.-Maschinen besitzen. Seine Länge wird 700 Fuß betragen. Auf dem Kriegsschiff, das den Namen „Leviathan“ tragen soll, finden zwölfschüssige Geschütze Aufstellung. Außerdem werden sich auf ihm alle neuen Apparate befinden, die die Schiffe und besonders deren Schornsteine gegen Bomben von Flugapparaten schützen sollen.

Es war am 10. Februar 1906, als England den ersten Dreadnought vom Stapel ließ. Groß war der Triumph der englischen Imperialisten. Zu Diensten der englischen Weltmacht wurde ein Ungeheuer gebaut, das allen bisherigen Kriegsschiffen überlegen war. Die größten Schiffe im russisch-japanischen Kriege hatten 13- bis 15 000 Tonnen Gehalt, 18 Seemeilen Geschwindigkeit und konnten nur vier Geschütze von 30,5 Zentimeter beherbergen. Der Dreadnought veränderte die Mittelartilleriegeschütze, die keine panzerbrechende Wirkung ausüben konnten, in 30,5 Zentimeter kalibrige Geschütze, deren er zehn besitzt. Jedes Geschöß dieser Geschütze hat ein Gewicht von 450 Kilogramm mit 95“ Sprengladung, gegenüber den 45 Kilogramm-Geschossen der Mittelartillerie mit ihrer armseligen 2-Kilogramm-Brisanzladung. Obwohl die Vergrößerung der Zahl der Großkalibrigen auch den Umfang der Schiffe und des Panzers beeinflusste, so befindet sich die Kampfkraft der Dreadnoughts im Verhältnis zu dem vorangehenden Schiffstyp wie 8 : 5, während ihre Größen sich wie 4 : 3 verhalten. Welch ein Triumph des aufs Morden gerichteten Gedankens: ein neuer Kriegsschiffstypus, der sich durch die mehr als zweifache Zahl der großen Geschütze, erhöhten Panzerschutz, erhöhte Geschwindigkeit (von mindestens 20 Seemeilen) auszeichnete, also pro Tonne gerechnet eine viel größere Kampfkraft besitzt, als die früheren Schiffe.

England glaubte mit einem Ruck einen mächtigen Vorsprung vor allen Rivalen erreicht zu haben. Aber bald zeigte es sich, in welchem Wahn sich die englischen Imperialisten befanden. Als älteste Flottenmacht hatte England die größte Masse älteren Schiffsmaterials, das bis zum Bau des Dreadnought jedoch noch gut zu gebrauchen war. Indem der Bau des Dreadnought diesen Schiffen jeden Wert als Schlachtschiffe nahm, wurde der Vorsprung Englands gemindert, denn alle Mächte hatten jetzt in erster Linie damit zu rechnen, wieviel Dreadnoughts sie den englischen gegenüberstellen können. Und da England keine große Zahl der Dreadnoughts auf einmal bauen konnte, saßen auch die zurückgebliebenen Mächte Hoffnung, in kurzer Zeit eine stattliche Macht repräsentieren zu können. So begann das mühevolle Wettrennen der letzten Jahre. Jeder Staat begann mit dem Bau des einzig ausschlaggebenden Schiffstypus, dessen jedes Exemplar 50 Millionen Mark kostete, und heute haben Dreadnoughts nicht nur die Großmächte, sondern Argentinien und die Türkei.

Aber die technische Entwicklung, wie die Sucht jeder Großmacht, der anderen, wenn auch nur um einen Schritt, voraus zu sein, hatten nicht still. Obwohl in manchen Vorkreisen schon gegen die Dreadnoughts hervorgehoben wurde, daß sie einen zu großen Einsatz bedeuten, weil der Verlust eines jeden in dem Kriege unerseßbar wäre, bahnt sich allmählich die Entwicklung über den Dreadnought hinaus. Es wird die Größe des Dreadnought, des Geschützkalibers immer erhöht, und England besitzt schon Schiffe von 28 000 Tonnen, mit Geschützen von 34,3 Zentimeter Kaliber, die die 30,5 kalibrigen um 50 Prozent an Gewicht, Sprengladung und Mündungsenergie übertreffen. England folgen andere Mächte: die Vereinigten Staaten Nordamerikas vergrößern das Kaliber ihrer Hauptgeschütze auf 35,6 Zentimeter, und den Tonnengehalt der Linienschiffe auf 30 000; die französischen, russischen, japanischen Kriegsschiffe bekommen Geschütze von 35,6 Zentimeter Kaliber. Auch die deutschen Neubauten, Ersatz Weissenburg, Ersatz Kurfürst Friedrich Wilhelm, sollen Geschütze bekommen von viel höherem Kaliber. Dasselbe gilt von allen Bestellungen Argentinens, Chiles, Brasiliens und der Türkei.

Diese Vergrößerung des Dreadnoughttypus zu einem Überdreadnought ist kein Zufall. Es liegt ihr

zu Grunde eine Reihe technischer Folgen des Bestrebens, die Zahl der Geschütze und ihres Kalibers zu vergrößern. Dieses Bestreben verursacht die Notwendigkeit, den Panzer zu verstärken, die Fahrtgeschwindigkeit zu erhöhen. Dazu kommen noch zwei Momente in Betracht: die Entwicklung der Torpedowaffe und des Minenwesens macht die Frage des Unterwasserpanzers brennend. Und die Facharbeiten über den russisch-japanischen Krieg weisen auf die Bedeutung der Mittelartillerie, die bei den Dreadnoughts gänzlich verschwunden ist. Die 15 Zentimeterkalibrigen Geschütze sind zwar nicht imstande, die Panzer der Dreadnoughts zu brechen, aber die verwüstende Arbeit ihrer Granate unter der Mannschaft der Kriegsschiffe, die Panik, die sie verbreiten, sind ein Kriegsfaktor, auf den die Mächte nicht verzichten wollen. Es gilt auch aus Rücksicht auf die Momente die Dreadnoughts zu vergrößern.

Daß aber in Zukunft die Dimensionen der Kampfschiffe noch gewaltigere sein werden, das beweisen die neuesten Konstruktionsentwürfe — sagt der österreichische Marinefachmann Nereus in seiner Arbeit: „Die Probleme der österreichischen Flottenpolitik (Wien 1912)“, aus der wir die Daten zu diesem Artikel schöpfen — sind doch schon in England und Amerika Schlachtschiffe von einem Tonnengehalt von 35 000 und 36 000 Tonnen und darüber projektiert, und Geschütze, die die hier genannten Kaliber noch übertreffen, befinden sich in Erprobung. So ist denn in nicht allzu ferner Zukunft eine übermäßige Größensteigerung sicher zu erwarten. Auf den Dreadnought folgt der Überdreadnought, um seinerseits dem Superüberdreadnought Platz zu machen. Die rastlos fortschreitende technische Entwicklung läßt eben die Kampfmittel, und seien sie noch so mächtig, rasch veralten, und die für die Schlachtschiffe bisher geltende Altersgrenze von zwanzig Jahren, an sich schon eine kurze, wird in Zukunft vielleicht kaum mehr aufrecht zu erhalten sein.“

Die Volksmassen der kapitalistischen Staaten, die immer energischer ihre Stimme gegen das Wettrennen erheben, müssen damit rechnen, daß die Last, die durch das Wettrennen ihnen auferlegt wird, in den nächsten Jahren wachsen wird. Denn selbst, wenn sich die Hauptmächte zu einem Flottenabkommen drängen ließen, das das Tempo der Vergrößerung der Schiffszahl verlangsamen würde — es gibt keine Anzeichen, daß sie es zu tun gedenken — so würde sie das jedoch nicht von der „modernsten“ Ausgestaltung der neu zu bauenden Schiffe abhalten. Denn die Zahl der Schiffe hängt ab von den Zielen, die sich die Regierungen im gegebenen Moment stecken, also von der internationalen Lage. Gleichen die Großmächte durch ein Abkommen auf einen Augenblick ihre Interessen aus, so können sie auch mit einer kleineren Zahl der Schiffe auskommen. Daß jedoch alle technischen Neuerungen angewendet werden müssen, die die Schlagkraft jedes Schiffes vergrößern, das ist für die Mächte eine ebensolche Selbstverständlichkeit, wie es die Anwendung jeder arbeitssparenden Maschine in der Industrie für das Kapital der fortgeschrittenen Länder ist. Jede Regierung befürchtet, eine andere könnte technische Neuerungen im geheimen anwenden; darum tut sie dasselbe, und kein Abkommen kann diese Entwicklung aufhalten, selbst wenn es sich über die Zahl der Schiffe erzielen ließe.

Es geht über die Dreadnoughts hinaus. Die Überdreadnoughts kommen an die Reihe.

Die Teuerung.

Die von der Stadtverwaltung und Stadtvertretung von Hannover eingesetzte Teuerungskommission wird zur Linderung der Teuerung den schon im vorigen Jahre eingerichteten städtischen Seefischmarkt aufs neue eröffnen und in allen Stadtteilen Verkaufsstellen schaffen. Auch sollen mit den privaten Fischhändlern in allen Stadtteilen Abkommen getroffen werden für billigen Seefischverkauf unter städtischer Kontrolle. Weiter werden Versuche mit der Einfuhr dänischen Fleisches gemacht, das mit einem entsprechenden Aufschlag von den Schlächtern verkauft werden soll. Außerdem soll auf dem Anfang Oktober in Düsseldorf stattfindenden Städte- und Provinzialkongress beantragt werden, daß der Städtetag eine Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr, sowie die Aufhebung der Futtermittelzölle fordert. Es soll auch angeregt werden eine Zollermäßigung dadurch eintreten zu lassen, daß den Kommunen, die Fleisch aus dem Auslande beziehen, ein Teil des Zolles zurückerstattet wird, um auf diese Weise zu erreichen, daß die Zollermäßigung wirklich den Konsumenten zugute kommt, und nicht im Zwischenhandel verschwindet. Endlich soll die Wiedereinführung des Identitätsnachweises bei den Einfuhrscheinen gefordert werden, damit diese nicht zur Zollbezahlung anderer Produkte weitergegeben werden können.

Die Stadtverwaltung von Duisburg hat folgende Maßnahmen gegen die Teuerung getroffen: Sie bezieht Fleisch aus Dänemark durch die Stadt und läßt es jeden Mittwoch und Sonnabend durch hiesige Metzger verkaufen, mit denen ein Abkommen vorliegt. Die Preise schwanken je nach der Qualität zwischen 68 und 120 Pfg. per Pfund. Ferner wird ein städtischer Fischverkauf eingerichtet.

Das Berliner Tageblatt vom 23. September meldet: „Wie wir erfahren, findet heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers im Reichsamt des Innern eine Konferenz über die Teuerung statt. — Bekanntlich hat bereits vor mehr als einer Woche eine derartige Konferenz stattgefunden; ihr Ergebnis muß aber derartig kümmerlich ausgefallen sein, daß selbst die Regierung sich geniert hat, der Öffentlichkeit mitzuteilen, was die leitenden Staatsmänner nach mehrstündigem Nachdenken zur Linderung der Not zu tun oder zu unterlassen für gut befunden hat.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Nationalliberalen und die preussischen Landtagswahlen.

Ein Leitartikel in der „National-Zeitung“ vom 21. September beschäftigt sich mit den preussischen Landtagswahlen vom nächsten Jahre. Der Artikel ist insofern nicht ohne Interesse, als darin die Stellung der nationalliberalen Partei den anderen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, gegenüber, anscheinend von parteioffiziöser Seite, dargelegt wird. Eingangs des Artikels wird ausgeführt:

„Die kommenden Landtagswahlen vollziehen sich unter der Parole der Wahlrechtsreform, die nichts von der Regierung, sondern von den Parteien ausgeht. Der Wahlkampf wird ähnlich wie die Reichstagswahlen in diesem Jahre mit der größten Heftigkeit geführt werden, um den Gegnern der liberalen Wahlrechtsreform, den Konservativen und dem Zentrum, so viel als möglich Abbruch zu tun. Freilich ist diese Aufgabe für die liberalen Parteien ungleich schwieriger, weil das bestehende Dreiklassenwahlrecht mit der öffentlichen Stimmabgabe ein starkes liberales Selbstgefühl bei allen den Tausenden von Wählern voraussetzt, die bisher unter dem Druck der Verhältnisse, namentlich auf dem Lande, das offene Bekenntnis zum Liberalismus und den offenen Kampf gegen die Konservativen und Clerikalen gescheut haben. Wir zweifeln jedoch nicht, daß die Aufrüttelung der Geister, die bei den Reichstagswahlen schon erfolgte erzielt hat, auch bei den Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus das Ihre mit dazu beiträgt, dem Liberalismus neue Kämpfer zuzuführen. . . . Für die nationalliberale Partei sind die bevorstehenden Wahlen von ganz besonderer Bedeutung, da es sich darum handeln wird, ob ihre Wahlrechtsanträge, die eine glückliche Verbindung zeitgemäßer Reformen mit den historischen Aufgaben des preussischen Parlaments darstellen, Aussicht haben, für den Charakter des neuen Wahlgesetzes bestimmend zu sein. Die preussischen Nationalliberalen werden in noch größerer Zahl als im Jahre 1908 mit eigenen Kandidaten auftreten und im Vertrauen auf die Stärke der Partei auch in solchen Wahlkreisen den Wettbewerb aufnehmen, wo ihre Aussichten bisher nur gering oder zweifelhaft waren. Durch die geschickte Taktik wird es nicht unmöglich sein, auch in Wahlkreisen Erfolge zu erringen, die bisher von Gegnern vertreten waren.“

Gegen diese Darlegungen läßt sich im allgemeinen nicht viel einwenden; es sind an sich Selbstverständlichkeiten. Wichtiger ist, wie die „geschickte Taktik“ aussieht, von der die nationalliberale Partei ihre Erfolge hofft, und da muß nun gesagt werden, daß von Geschicklichkeit nicht überaus viel zu spüren ist. Die Nationalliberalen sind so naiv anzunehmen, daß die Sozialdemokratie sie ohne weiteres heraushaut, wenn ihnen ein schwarz-blauer Gegner gegenübersteht. Der Artikel beruft sich auf den Verlauf der Stichwahldebatten auf dem Parteitag in Chemnitz und meint, daß ein Wahlabkommen zwischen Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei ohne weiteres sicher sei. Bei den Freisinnigen bestehe nicht nur grundsätzliche Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen zusammen zu gehen, sie drängten sich vielmehr bei den Landtagswahlen noch mehr dazu als bei den Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie werde zwar in größerer Zahl als bisher in den Landtag eintreten, aber es bleibe ja auch nichts anderes übrig, als an allen Stellen, wo liberale Kandidaten gegen Konservative und Clerikale in Stichwahl stehen, die Liberalen zu unterstützen. Von nationalliberaler Seite werde man der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis nicht anbieten. Ultraliberalen und Jungliberalen seien

sich darüber einig. Der Wahlkampf der Nationalliberalen werde sich durch diese Stellungnahme allerdings sehr erschweren, da die Partei mehr als einmal nach allen Seiten Front machen müsse, aber wenn sie ihre Stellung in Ehren behaupten, werde ihr Ansehen dabei nur gewinnen.

Das ist die ganze Weisheit der Nationalliberalen. In der Annahme, daß die Sozialdemokratie ohne weiteres ihrer Stellung entsprechend gegen alles, was Konserervative und Zentrum heißt, eintreten müsse, glauben sie bestimmten Abmachungen mit ihr überhoben zu sein und von der ehrlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die Reaktion allein leben zu können. Lange Zeit traf das auch zu; aber gerade an dem Wahlabkommen mit dem Fortschritt sollten die Nationalliberalen erkennen, daß, wer auf die Hilfe der Sozialdemokratie rechnet, sich schon entschließen muß, Gegenleistungen zu bieten.

Die Landwirte fordern.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk A s s e l hat „mit Rücksicht auf die durch die ungünstige Witterung hervorgerufene schwere Schädigung der Landwirtschaft“ beschloffen, an den Landwirtschaftsminister eine Eingabe zu richten, in der der jetzige Notstand geschildert und die Gewährung eines Notstandskredits sowie Einführung von Frachtermäßigungen und evtl. Streuabgabe aus den Staatswaldungen gebeten wird.

Strafvollzugsgezet.

Nach einer Meldung Berliner Blätter ist die Reichsregierung zurzeit mit den vorbereitenden Arbeiten für den Erlaß eines einheitlichen Strafvollzugsgezetes beschäftigt. Immerhin werde der Erlaß eines Strafvollzugsgezetes aber noch geraume Zeit auf sich warten lassen, da noch langwierige Verhandlungen mit den einzelstaatlichen Finanzministern gepflogen werden müssen, ehe die Vereinheitlichung des Strafvollzuges durchgeführt werden könne.

Doch noch ein bayerisch-preussischer Lotterievertrag?

Am Freitag beschäftigte sich der Finanzausschuß des bayerischen Landtages nochmals mit dem preussischen Lotterievertrag in der vom Reichstat abgeänderten Form. Abg. Dr. C a s s e l m a n n klopfte auf den Busch und fragte an, ob es richtig sei, daß das Zentrum sich, wenn gewisse Gegenleistungen auf anderen Gebieten geboten würden, nunmehr für den Lotterievertrag erklärt hätte, ferner ob es richtig sei, daß, wenn das Zentrum jetzt nicht umfalle, die Lotterie-Vorlage bei der nächsten Budget-Vorlage wieder eingebracht würde, und ob es endlich richtig sei, daß Preußen inzwischen kleinere Zugeständnisse gemacht hätte. Sofort ergriff der Vorredner Dr. Pöhlner das Wort und erklärte, daß, nachdem eine eigene bayerische Lotterie nicht möglich sei, das Zentrum nunmehr, wo das Bessere gefallen sei, das Gute nehmen werde. — Dr. v. H a l l e r (Sozialdem.) charakterisierte diesen Umfall des Zentrums. — Der Finanzminister erklärte, daß ihm von irgend welchen Verhandlungen, die Dr. Casselmann angedeutet hätte, nichts bekannt sei. — Die Beschlußfassung wurde verschoben, doch ist nunmehr, nachdem das Zentrum sich offiziell für den Vertrag mit Preußen erklärt hat, an dessen Annahme nicht mehr zu zweifeln.

Religion und Politik.

Die liberale „Zweibrücker Zeitung“ ist in der Lage, folgendes Geheimzirkular des Bundes der Landwirte zu veröffentlichen:

„Band der Landwirte Frankfurt a. M.

„Sel.-Adr. Landwirtebund Frankfurmain.

Frankfurt a. M., 11. 9. 12.

An die Herren Vertrauensmänner der Abteilung Pfalz.

Auf Wunsch der bündlerischen pfälzischen Herren Landtagsabgeordneten und im Auftrag der Herren Wahlkreisvorstände gestatten wir uns, ergebenst folgendes mitzuteilen:

Am Sonntag, dem 1. September, tagte der Landesvorstand der Abteilung Pfalz und hat derselbe unter anderem auch auf Anregung des protestantischen Pfarrers Schäfer-Spenersdorf folgendes beschlossen:

Bei den Presbyterwahlen (Kirchenvorstandswahlen), die in diesem Herbst stattfinden, soll der Bund der Landwirte eine energische Tätigkeit darin entfalten, daß mehr Anhänger des Bundes der Landwirte als Presbyter aus den Wahlen hervorgehen. Der Landesvorstand begründet seinen Beschluß damit, daß der Bund der Landwirte keinen Beschluß damit, daß der Bund der Landwirte gegenüber eine Nachhilfe bekommt, die in den Zeiten von Reichs- und Landtagswahlen, wo diese Herren fast immer als Gegner von uns auftraten, sehr schwer ins Gewicht fallen dürfte.

Sodann wir den Herren Vertrauensmännern von dem Beschluß des Landesvorstandes Kenntnis geben, bitten wir Sie, wannmehr möglich bald die Mitglieder Ihrer Ortsgruppe zusammenkommen zu lassen und darüber zu beraten, welche Wege eingeschlagen werden sollen, um bei den bevorstehenden Presbyterwahlen energisch eingreifen zu können. Es dürfte dabei hauptsächlich notwendig sein, daß zu den Wahlen Männer aufgestellt werden, die dem Bund der Landwirte angehören und ein solches Ansehen in der Gemeinde genießen, daß sie auch seitens der außenstehenden Gemeindeglieder gewählt werden. Die Aufstellung geeigneter Kandidaturen wäre dann baldmöglichst notwendig. Nachdem sich die aufgestellten Kandidaten zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärt haben, ist es dann Sache der Ortsgruppe und der befreundeten Bundesmitglieder, daß diese energisch für deren Wahl eintreten. Sie sollen möglichst rasch damit beginnen, damit Ihnen seitens einer anderen Vereinigung nicht zuvorgekommen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichem Gedenken

Die Geschäftsstelle: „Erin.“

Man heißt die dicke Freundschaft des Bundes der Landwirte mit den Schwärzen ist nicht so ohne. Sie lernen die Schwärzen kennen, an die sie früher nicht gedacht haben. Hat man die Schwärzen erst soweit unter die Hand genommen, daß sie mit den Schwärzen zu einem Gang gehen müssen, dann wird die Schwärze

blaue Herrlichkeit in neuer hellstrahlender Glorie erstehen. Es ist doch gut, daß Religion und Kirchen noch existieren, wo würden sonst die Schwarzblauen mit ihrer Politik hinkommen!

Steigerung der Militärlasten.

Mit den etatsmäßigen Summen, die für die Erhaltung des stehenden Heeres eingesetzt sind, sind die Lasten für den Militarismus noch bei weitem nicht erschöpft. Eine ständig steigende schwere Last bildet insbesondere die Zivilversorgung der ausrangierten Offiziere und Unteroffiziere. Gezüglich haben die Unteroffiziere ein gewisses Recht auf Versorgung, wenn sie in den Zivilstand zurücktreten. Und bei der stetig wachsenden Zahl solcher Anwärter auf Zivilstellen muß die Regierung auf immer neue Mittel sinnen, sie unterzubringen und zu versorgen. Neuerdings sind zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und dem Kriegsministerium Verhandlungen im Gange, die die Frage zum Gegenstand haben, ob die Militäranwärter nicht unter günstigeren Bedingungen als bisher in Anstalten einzusetzen sind. Nach dem Anstaltungsgezet vom 7. Juli 1891 werden den in der Ostmark angelegten zivilversorgungsberechtigten Unteroffizieren mit einem verfügbaren Vermögen von 2500 Mark (1500 Mark für Verzichtleistung auf den Zivilversorgungsschein und 1000 Mark Dienstprämie) drei Freijahre gegenüber anderen Anstältern gewährt. Trotzdem sind Erfolge nicht erzielt worden. Auch außerhalb der Ostmark ist die Anstellung von Unteroffizieren, selbst wenn ihnen besonders günstige Bedingungen gestellt wurden, nicht geübt. In Regierungskreisen glaubt man, daß die Unteroffiziere erstens geringe Reueigung haben, auf dem Lande wieder einfache Arbeiten zu verrichten, und dann sei auch die Summe von 2500 Mark für einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gering. Die Folge dieser Annahme ist natürlich, daß, wenn die Regierung andere Möglichkeiten für die Unterbringung nicht findet, sie die Geldleistung an die Unteroffiziere wesentlich erhöhen muß. Und das geht wieder auf Kosten der Gesamtheit, die so unausgesetzt für den Militarismus haften muß, selbst noch in der Form, daß sie die Erhaltung der Kreise bestreitet, die von der Regierung ausersehen sind, gegen die politische Selbständigkeit des Volkes ins Feld geführt zu werden.

Hochwürden als Wahlmacher.

Das „Schlettstädter Tageblatt“ ist in der Lage, folgenden Brief des reichsländischen Zentrumsabgeordneten Dr. S c h o t t aus dem letzten Nachwahlkampf in Schlettstadt mitzuteilen:

Vertraulich! Schlettstadt, den 13. Septbr. 1912.

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Da der Wahltag nahe ist, ist es wichtig, die letzten Vorbereitungen zu dem entscheidenden Augenblick zu treffen. Erlauben Sie mir also, Sie im Namen des Ausschusses zu bitten, daß Sie gütigst sich persönlich davon überzeugen, ob alles bereit ist in Ihrer Gemeinde:

1. Ob die Stimmzettel genau in den Häusern verteilt sind, 2. Ob unsere Vertrauensmänner am Montag, den 16. September, die Abstimmung auf dem Bürgermeisteramt überwachen.

Es ist von größter Wichtigkeit, die Namen der Abstimmenden anzuschreiben und durch unsere Leute diejenigen unserer Parteifreunde heranzuholen zu lassen, die um 5 Uhr es noch veräumen zu können.

Alle Kosten werden von unserm Ausschuss gedeckt werden.

Auf der Kanzel wird man äußerste Vorsicht üben und an die Urteile des Oberlandesgerichts denken müssen.

Entschuldigen Sie gütigst, und empfangen Sie meine hochachtungsvollen Grüße. Dr. Schott, Arzt in Schlettstadt.“

Die katholischen Geistlichen waren immer Zentrumsagitatoren und werden es bleiben, auch wenn die eine oder die andere Gerichtsentscheidung sie zu größerer „Vorsicht“ zwingt. Der Brief Dr. Schotts ist lediglich eine Bestätigung dafür, daß, auch wenn die Agitation nach außen weniger scharf in die Erscheinung tritt, der Geistliche doch zum unentbehrlichen Faktor im Zentrumswehrtampf gehört.

Die zuchthausgezecklüsterten pfälzischen Unternehmer und die Arbeiter.

Die Handelskammer in Ludwigshafen sprach sich kürzlich für ein Gezet zum Schutz der Arbeitswilligen aus und der Kommerzienrat L u d w i g i c i prägte hierbei das Wort: „Die Arbeitswilligen müssen in Zukunft besser geschützt werden und wenn es Blut kostet! Der Arbeitswillige ist eine heilige Person, er muß geschützt werden, koste es, was es will!“ Die Verteilung eines Flugblattes, das diese blutrünstigen Worte in scharfer, aber durchaus sachlicher Weise geißelte, war von der Polizeibehörde, angeblich wegen seines beleidigenden Inhalts verboten worden.

Eine vom Ludwigshafener Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu Freitag einberufene Protestversammlung wurde dadurch gleichzeitig zu einer Protestkundgebung gegen die willkürlichen Polizeimaßnahmen. Der Andrang zu der Versammlung war derart stark, daß der Saal polizeilich gesperrt wurde; es fand daher noch in dem Garten desselben Lokals eine Parallelversammlung statt, die gleich der ersten überfüllt war. Eine Resolution, die gegen das geplante Zuchthausgezet und die Scharfmachereien der Handelskammer sowie gegen die obenbenannten Polizeimaßnahmen protestierte, fand einstimmige Annahme.

Ritterweise scheint auch der Pfälzischen Handelskammer ihre Stellungnahme zum Arbeitswilligenschutz fatal zu werden, denn sie veröffentlicht in den Tagesblättern eine Erklärung, wonach der Handelskammer Ludwigshafen nie eingefallen sei, das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter irgendwie anzutasten, nur habe sie mit ihrem Beschluß auch die volle Arbeitsfreiheit der Arbeitswilligen wahren wollen.

Diese Erklärung soll den häßlichen Eindruck, den die Verhandlungen der Kammer nicht allein auf die Arbeiterklasse, sondern auch auf andere Kreise gemacht hat, abwischen. Die liberalen pfälzischen Kommerzienräte und Vertreter des Unternehmertums wollen eben in der Öffentlichkeit nicht als Scharfmacher gel-

ten. Ihre Taten aber — das beweist der Handelskammerbeschluß — sind ebenso scharfmacherischer Natur, wie die im übrigen Deutschland. Auch sie wollen die organisierte Arbeiterschaft unter ein Zuchthausgezet stellen.

Freiherr Marschall v. Bieberstein,

seit kurzer Zeit Botschafter in London, ist heute morgen in Badenweiler, wo er zur Kur weilte, gestorben. Der Verstorbene war lange Jahre Botschafter in Konstantinopel und vorher Minister. In der letzteren Eigenschaft erregte er seinerzeit durch seine Flucht in die Öffentlichkeit beim Eckert-Lüchow-Prozess großes Aufsehen.

Türkei.

Der Krieg geht weiter. Die Mehrheit der Minister hat sich für die Fortsetzung des Krieges mit Italien ausgesprochen.

Wo ist nun Wahrheit? Gestern meldeten wir von einem Siege der Italiener. Heute berichten nun die Türken, daß nicht die Italiener, sondern sie Sieger geblieben seien. Die Türken haben nach ihrer Angabe 110 Gewehre und große Mengen Kriegsmaterial erbeutet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 24. September.

Lohnbewegung der Tabakarbeiter. Die Forderungen der Tabakarbeiter hat außer den gestern bereits genannten Firmen die Firma Dose in Lübeck bewilligt.

Das Opfer eines Mordmordes wurde gestern vormittag gegen 11 Uhr der 26jährige Sohn des Pastors F i s c h e r in Schlutup, als er auf seinem Fahrrad die Travemünder Chaussee passierte. In der Nähe von Pöppendorf wurden auf den jungen Mann von zwei gutgekleideten im Chausseegraben liegenden Leuten ohne irgendwelche Veranlassung drei Schüsse abgegeben, von denen einer den Radfahrer tödlich verletzte. Eine Stunde später war Fischer seiner schweren Verwundung erlegen, nachdem er der Bahnwärterfrau, zu der er ins Haus gebracht war, noch ausdrücklich versichert hatte, daß er mit den Mordgehilfen, die ihn niederknallten, nicht das geringste zu tun gehabt hätte. Die Polizei hat bis jetzt folgendes ermittelt: Im Chausseegraben in der Nähe des Bahnwärterhauses bei Pöppendorf saßen von 8 1/2 Uhr ab zwei junge, etwa 20jährige, gut gekleidete Leute, die aus der Richtung Jvendorf hergekommen waren. Der eine hatte einen blauen Sportanzug an, trug Sportmütze, der andere grauen Anzug mit grauem Hut. Beide sind von verschiedenen Passanten bemerkt und von der Bahnwärterfrau längere Zeit beobachtet worden. Als Fischer vorbeifuhr, feuerten sie die drei Schüsse ab und als ersterer vom Rade fiel, ließen sie querdelfein nach Dummersdorf zu. Der tödlich getroffene Fischer bemerkte der Bahnwärterfrau gegenüber, daß er die beiden nicht kenne und mit ihnen noch nie in Berührung gekommen sei; wahrscheinlich hätten sie ihn mit einem anderen verwechselt. Die Polizei stellte sofort die umfassendsten Nachforschungen an, ließ die Gegend durch Hunde absuchen und alle Wege besetzen, doch gelang es bisher noch nicht, die Täter zu fassen. Nach den Wunden zu urteilen, sind die Schüsse aus einem Revolver großen Kalibers abgefeuert worden. Da Fischer als ein durchaus solider und ruhiger Mann bekannt war, nimmt man an, daß die Täter sich in der Person geirrt haben. Die Polizei verfolgt verschiedene Spuren der Wegelagerer, doch liegen bestimmte Wahrnehmungen über die Persönlichkeiten derselben noch nicht vor.

Schadenersatz wegen Verlöbnißbruchs. Aus einem Verlöbniß kann nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches bekanntlich nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden. Wohl aber gewährt das Gezet für den Bruch des Verlöbnißes einen Schadensanspruch. Tritt ein Verlobter von dem Verlöbniß zurück, so hat er dem andern Verlobten gemäß § 1298 des B. G. B. den Schaden zu ersetzen, der daraus entstanden ist, daß er in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht hat oder Verbindlichkeiten eingegangen ist; er hat insbesondere auch denjenigen Schaden zu ersetzen, den der andere Verlobte dadurch erleidet, daß er in Erwartung der Ehe sonstige sein Vermögen oder seine Erwerbsstellung berührende Maßnahmen getroffen hat. Diese Ersatzpflicht besteht nur dann nicht, wenn ein wichtiger Grund für den Rücktritt vorlag. Unter einem Verlöbniß im Rechtssinne versteht man das von Mann und Frau wechselseitig gegebene und angenommene Versprechen der Eheschließung. Ist es nun rechtlich möglich, daß sich jemand nur bedingt verlobt, daß also beim Rücktritt der Bedingung ein Verlöbniß überhaupt nicht als zustande gekommen anzusehen ist? Oder ist die Bedingung, z. B. die Einwilligung der Eltern, nur die Voraussetzung für die Erfüllung des mit dem Verlöbniß gegebenen Versprechens der Eheschließung, ist also das Verlöbniß an sich auch bei einer Bedingung rechtsgültig?

Diese interessante Frage lag einem Rechtsstreit zugrunde, der kürzlich das Reichsgericht beschäftigte. Der Klage lagen folgende Tatsachen zugrunde: Die Klägerin behauptete, mit dem Beklagten, einem Diplomingenieur, seit 1903 verlobt gewesen zu sein. Das Verlöbniß begann, als der Beklagte, damals Student der Technischen Hochschule in Hannover, im Jahre 1901 bei den Eltern der Klägerin wohnte. Das Verlöbniß blieb nicht ohne Folgen; als diese sich im Herbst 1908 bemerkbar machten, zog sich der Beklagte zurück und löste das Verlöbniß. Die Klägerin erhob nunmehr Klage auf Schadenersatz. Sie verlangte neben dem ihr nach § 1300 des B. G. B. zustehenden Deflorationsanspruch auch Schadenersatz dafür, daß sie sich infolge des Verlöbnißes und durch den Wunsch des Beklagten habe abhalten lassen, sich zur Konzertfängerin auszubilden; sie besäße eine sehr schöne Stimme und meint, die Bühnenlaufbahn würde ihr ein erhebliches Entkommen verschafft haben. Der Beklagte bestreitet, daß ein Verlöbniß zustande gekommen sei; er habe die Ehe nur unter der Bedingung versprochen, daß sein Vater die Zustimmung zur Heirat erteile, das sei aber nicht geschehen.

Das Landgericht hat zugunsten der Klägerin erkannt und den Schadensanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht legte dem Beklagten zwei Eide auf. Er solle schwören, daß er der Klägerin im Dezember 1908 nicht gesagt habe, daß sein Vater die Zustimmung zur Heirat erteile habe und daß er auch nicht gehört habe, daß sein Vater der Klägerin gegenüber Äußerungen getan habe, die als Zustimmung aufzufassen seien. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus, auf Grund der Beweisaufnahme und der gewechselten Briefe sei erwiehen, daß die Parteien zwar verlobt waren, aber das Verlöbniß sei ausstehend bedingt gewesen von der Zustimmung des Vaters des Beklagten. Ein festes unbedingtes Verlöbniß habe bis 1907 nicht bestanden; die Verwirklichung des Wunsches des Beklagten, die Klägerin zu heiraten, habe von

der Zustimmung des Vater abhängig sein sollen. Es komme deshalb auf den Eid des Beklagten darüber an, daß er der Klägerin die Zustimmung seines Vaters nicht erklärt habe. Habe er diese aber erklärt, so sei das Verlöbniß definitiv zustande gekommen und der Beklagte, da er einen wichtigen Grund zum Rücktritt nicht hatte, zum Schadenersatz verpflichtet. — Gegen diese Entscheidung legte die Klägerin Revision ein und führte zur Begründung in der Hauptsache aus, daß ein festes Verlöbniß vorlag, allerdings unter der Bedingung, daß die Heirat erst stattfinden solle, wenn der Vater einwillige; das Verlöbniß selbst könne nicht unter einer aufhebenden Bedingung abgeschlossen werden. Das Reichsgericht hielt die Revision für begründet: es hob das Urteil des Oberlandesgerichts auf und verwies die Sache zur weiteren Verhandlung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts.

Der erste Verkauf lebender Seefische, der auf Veranlassung des Polizeiamtes an der Trave bei der Holstenbrücke stattfand, hatte heute morgen zahlreiche Käufer angelockt. Nicht nur die Leute, welche die Fleischsteuer infolge ihres geringen Einkommens am schwersten spüren, sondern auch „Herrschaften“ mit Diensthunden waren erschienen, um billige Fische zu erhalten. Schon vor acht Uhr hatte eine dichtgedrängte Menge der Ankunft des Bootes, das die 150—200 Stieg lebende Butt bringen sollte. Als die Fische endlich anlandeten, wurde das Gedränge geradezu lebensgefährlich und es ist fast als ein Wunder zu betrachten, daß niemand ins Wasser fiel, da an dieser Stelle sich keine Sicherheitsvorkehrungen für das Publikum befanden. Polizeibeamte drängten das Publikum mit dem Ellenbogen zurück. Wie uns von Augenzeugen berichtet wird, erlebte man die merkwürdige Erscheinung, daß gerade die „Herrschaften“, für die der Fischverkauf sicherlich nicht eingerichtet worden ist, zuerst bedient wurden, während zahlreiche Arbeiterfrauen unrichtiger Sache wieder nach Hause gehen mußten, da die Butt in ganz kurzer Zeit ausverkauft waren. Es ist demnach dringend notwendig, Vorkehrungen zu treffen, welche die Sicherheit des kaufenden Publikums und eine bessere Regelung des Verkaufs gewährleisten.

Ein Schadeufener entstand gestern mittag kurz nach 12 Uhr in der Holzlägerei von Richuhn & Co. am Falkendamm. Dort waren in dem Gbäude, welcher die Späne von der Hobelmaschine direkt nach der Feuerung befördert, angeblich infolge Verstopfung der Einrichtung, Späne in Brand geraten. Die hellen Flammen schlugen bald zum Dache heraus. Der schnell herbeigeleitete Feuerwehrgelag es, die Flammen zu löschen und einen größeren Schaden abzuwenden, der leicht hätte entstehen können, wenn die dort lagernden Holzvorräte Feuer gefangen hätten. — Heute morgen kurz nach 9 Uhr wurde die Feuerwehralarmiert, weil bei der Firma Ferd. Kayser in der Dreiten Straße ein kleines Schadeufener bei der Heizung ausgebrochen war. Auch hier wurde man bald des Feuers Herr und konnte eine weitere Gefahr, die in einer Drogenhandlung besonders erheblich erscheint, beseitigen.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats August 1912. Die Zahl der Eheschließungen betrug 56 (1911: 50), die der Lebendgeburten 232 (240) und die der Sterbefälle 143 (204). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 119 (86). Uneheliche Geburten kamen 24 (26) mal vor. Totgeburten wurden 7 (4) mal registriert.

Auffstieg des Ballons „Lübeck“. Der für Sonntag vormittag angelegte Ballonaufstieg nahm bei dem außerordentlich günstigen Wetter einen schönen Verlauf. Unter Führung des Vereinsmitgliedes des Lübecker Vereins für Luftfahrt, Herrn Dr. med. Wirths von der Universitäts-Augenklinik Rosico und Beteiligung der cand. med. Schlichter und Oberlehrer erfolgte der Aufstieg um 9 1/2 Uhr, während die „sehr glatte“ Landung hinter Bremen bei Bramstedt-Syde um 7 Uhr abends stattfand. Sämtliche Herren waren von den auf dieser interessanten Luftfahrt gewonnenen vielseitigen Eindrücken sehr begeistert.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei des Stadttheaters wird uns geschrieben: Zu der morgen stattfindenden Auführung von Lehngings komischer Oper „Der Waffenschmied“ sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Regisseur Max Wiskner versucht hat dem Werke eine, vom Herkömmlichen ziemlich abweichende Neuinszenierung angedeihen zu lassen und daß sich der neugewonnene Spielbariton Carl Heinz Barth als Graf von Liebenau zum ersten Male dem hiesigen Publikum vorstellen wird. — Donnerstag, den 26. d. Mis. geht als Neuenstudierung das aus der älteren spanischen Dichtung stammende Lustspiel „Donna Diana“ von Moreto in Szene. Der amüsante Inhalt der Dichtung ist kurz folgender: Donna Diana ist die älteste der drei Töchter des Don Diego von Barcelona. Liebe und Ehe sind ihr ein Grauel. Ihren zahlreichen Anbetern bereitet sie damit viel Qual. Um ihren maßlosen Stolz, der jede Annäherung unmöglich macht, zu überwinden, verfaßt Don Cesar durch Beihilfe ihres verheimlichten Sekretärs auf den Einfall, ihrem Stolz eine noch größere entgegenzusetzen und erreicht damit sein Ziel. Neben dieser Haupthandlung gehen noch einige kleinere, aber höchst ergötzliche Nebenhandlungen her, die alle darauf hinarbeiten, zum Schluß vier glückliche Paare zu zeigen.

Schlutup. Eine Volksversammlung beschäftigte sich hier am Sonnabend mit der Lebensmittelsteuer. Genosse Mehrlein referierte. Seine etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Eine Resolution im Sinne des Referates fand einstimmige Annahme. Die Versammlung war gut besucht, auch von Frauen.

Hamburg. Zum Streik der Getreidearbeiter wird mitgeteilt, daß der Verein der Kornumkettfirmen Hamburgs schon seit feinem Bestehen den Herr-im-Hause-Standpunkt vertritt. Die Antworten auf Eingaben der Organisation klangen bisher immer dahin aus, daß die einzelnen Firmen Wünsche nur von ihren Arbeitern entgegennehmen. Die Arbeitgeber bewilligten keine Verbesserungen, die nicht in der Regel, je nachdem wie es dem einzelnen Arbeitgeber beliebte, geändert oder wieder verschlechtert wurden. Seit dem 31. v. J. sind Antworten hin und her gewechselt, alle Bemühungen der Organisation durch die Handelskammer, das Gewerbegericht und in letzter Stunde noch die Verhörer der von den Getreidearbeitern gewählten Lohnkommission, eine Einigung herbeizuführen, wurden von dem Verein der Kornumkettfirmen Hamburgs nicht anerkannt und Verhandlungen mit dieser Lohnkommission abgelehnt. Der Lohn für Hilfsarbeiter beträgt 26 Mk. pro Woche; der Tagelohn für geübte Arbeiter 4,25 Mk., für ungeübte Arbeiter 3,50 Mk. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die geübten Arbeiter, falls sie in einem Betriebe entlassen werden, in dem anderen wieder zu dem Lohn für ungeübte Arbeiter eingestellt werden. Eine Frist, wann ein ungebühter Arbeiter ein geübter wird, ist nicht vorgesehen, der Willkür sind Löhre und Lohre geöffnet. Dafür haben die Getreidearbeiter für den an und für sich schon niedrigen Lohn noch eine elfstündige Arbeitszeit, von morgens 6 bis abends 7 Uhr zu leisten. Die Versammlung der Getreidearbeiter, die am Donnerstag, 19. September, tagte, beschloß fast einstimmig, bis Sonnabend endgültige Antwort zu verlangen, ob der Verein der Kornumkettfirmen mit der von den Getreidearbeitern gewählten Lohn-

kommission verhandeln wolle. Die von über 400 Getreidearbeitern besuchte Versammlung am Sonnabend, 21. September, nach dieser Sachlage, da die Arbeitgeber auch diese Lohnkommission ablehnten, zu dem Beschluß, am Montag morgen die Arbeit einzustellen. Dieses ist auch einheitlich erfolgt. Die Arbeit ruht im Hafen und auf den Speicher. In Betracht kommen die Firmen: J. C. W. Dabelsteen Söhne, Wein u. Kruse, C. Havermann u. Co., G. C. Morin, Ernst Richter, W. Behrmann und Niemann u. Rittmeister. Für alle Hafnarbeiter ist es Ehrenpflicht, die Getreidearbeiter in ihren gerechten Forderungen zu unterstützen und den Zugang fernzuhalten. Hafnarbeiter, übt Solidarität, keiner lasse sich herbei, bei diesen Firmen in Arbeit zu treten!

Hamburg. Unfall mit tödlichem Ausgang. An der Ede Landwehr und Baustraße kreuzte ein 44jähriges Dienstmädchen namens Böttcher vor dem Motorwagen der Linie 12 den Strahendamm, ohne zu bemerken, daß an der entgegengesetzten Seite ein Privatautomobil heranfuhr. Die W. wurde von letzterem zu Boden gestoßen und überfahren. Sie erlitt so erhebliche innere Verletzungen, daß sie bald nach der Einlieferung ins Marienkrankenhaus starb.

Blankenese. Bluttat eines Alkoholikers. Der Schuhmacher Dürr hat Montag früh seinen zwölfjährigen Sohn durch einen Schuß in die Schläfe schwer verletzt. Seine Frau verletzte er gleichfalls durch einen Schuß ins Bein. Hierauf tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf. Dürr war ein dem Trunke ergebener Mensch.

Binneberg. Feuer. Sonntag um Mitternacht kam in der landwirtschaftlichen Besizung des Hofbesizers Ernst von Bein in Kempel bei Quickborn auf unaufgeklärte Weise ein Feuer zu Ausbruch. Eine große Scheune, in der sich auch eine Nietswohnung befand, ist mit sämtlichen Erntevorräten in den Flammen aufgegangen; ebenso sind vier wertvolle Pferde im Feuer umgekommen. Die Entstehungsursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Stade. Ein Bauernhof im Altenland abgebrannt. In der Sonntag Nacht brannte der Hof des Hofbesizers Diedrich Semmelhaat in Bergried bei Steinfirchen fast vollständig nieder. Das Feuer war gegen 10 1/2 Uhr in einer der beiden Scheunen entstanden, sprang dann auf die andere Scheune und auf das mit Stroh gedeckte Wohnhaus über und legte in kurzer Zeit alle drei Gebäude in Asche. Die Bewohner des abgebrannten Hofes hatten sich schon zur Ruhe begeben, als das Feuer ausbrach. Sie mußten von ihren Nachbarn geweckt und auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden. Vom Vieh verbrannten drei Schweine. Die ganze Ernte ist ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt, die ein früher bei Semmelhaat bediensteter Knecht ausgeführt haben soll. Er wurde heute mittag verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis in Jort zugeführt.

**Väter und Mütter der
Arbeiter-schaft!**
Schickt eure schulentlassenen Söhne und
Töchter zu den Veranstaltungen
der freien Jugend Lübecks!

Standesamtliche Nachrichten
vom 15. bis 21. September 1912.

- Geburten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
8. September. Elektromonteur A. G. H. Gaetjens. 10. Schiffskapitän St. Jürgensen. 11. Müller R. H. Lohse. Lokomotivheizer W. C. E. J. Niemann. 12. Schlachter C. F. L. Ohmann. 13. Sattler A. M. C. Stoll. 14. Expedient B. H. S. Hagenström. 15. Buchhalter J. F. J. Jürgens. Böttcher A. J. von Ohlen. Hafnarbeiter J. W. C. Fahrrenkrug. Schmied G. F. J. Hagen. 17. Druckereifaktor W. S. Marg. 18. Lagerhalter J. C. W. Beckmann. Vogenlampenwärtter C. J. Chr. Kröger. 21. Arbeiter J. D. W. Heitmann.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
11. September. Straßenbahn-Wagenführer P. J. Nomenken. 12. Arbeiter R. M. Jonasson. Schneidermeister G. C. Chr. Jieg. 13. Schriftföher G. H. Aderhold. Eisenbahnschaffner F. H. Evers. Wurstmacher C. F. L. Zhe. Schlossergeselle R. W. Becker. 15. Arbeiter C. A. G. Höppler. Redakteur und Schriftföher W. J. J. Herfurth. Buchhalter J. F. J. Jürgens. Schlachter A. G. W. L. Schröder. Kunstgärtner W. L. J. J. Kruse (Vorwerk). 16. Arbeiter A. R. C. Radloff. Schmied P. G. Hiller. 17. Kaufmann H. H. Steffens. Arbeiter J. G. Wald. 18. Arbeiter O. Mathiesens. 19. Schlachter P. S. Kohl. 20. Musiker W. A. C. Limm. 21. Kaufmann J. G. J. C. R. Wilden.

Angedordnete Aufgebote.

September: 16. Kaufmann J. Klümann und die geschiedene P. J. Zimmermann geborene Telzig in Hamburg. Käucherer J. H. H. Hinzmann und Witwe C. Chr. M. Stamer geborene Klempau in Moisling. Arbeiter A. Peterfson und A. Katakatzal. Bäckermeister F. A. Schröder und C. M. Chr. Wonsce. Böttchergeselle F. A. W. Schröder und M. R. Goethse genannt Strohtirch. Arbeiter J. J. J. Höfow und J. R. M. Dahn. Baununternehmer F. J. Chr. Benit und C. H. Jürs. Schlossergeselle R. F. Bieriold und Witwe R. A. M. Behn geborene Soltau. Maurergeselle G. J. H. Spötter und L. M. Wolf in Herrsburg. Arbeiter F. J. G. Hilbrandt und C. M. A. Lübbe in Sierksrade. 17. Kaufmann C. O. Rittelmann und G. E. Mania in Grünberg. Zugführer P. S. L. Kubit in Steimig und A. R. Urbanek. Kaufmann W. R. Lischau und L. H. M. Sprenger in Steintin. Kaufmann B. L. H. von Bein und J. D. M. R. Kreuzfeldt, beide in Berlin. Weichensteller J. J. H. Ohle und Witwe A. J. M. Heinemann geb. Lundi, beide in Güstler. Eisenbahnarbeiter J. F. Krüger und M. A. L. Qualmann in Weitendorf. Tischlergeselle R. W. G. Krüger in Emben und M. M. J. Hagenström. Straßenbahnwagenführer R. A. Wittke und C. D. M. Stoltenberg. Malergeselle R. F. R. Grell und A. M. A. Thiel. 18. Zimmermann G. H. R. Rötger und C. R. M. Möller. Handlungsgeselle W. W. Schröder und M. R. P. Wollow. Uhrmacher J. Römer und C. M. W. Lemte. Schlachtergeselle J. M.

P. Hermann und M. D. C. Durmeister. Steindruckere J. G. F. Draguhn in Fackenburg und D. U. F. Jaajch. Mieter B. P. Th. Warnde und C. L. K. Knoll. Buchhalter J. F. H. Schladow in Hamburg und C. D. S. Busch. Gärtnergehilfe R. J. F. Klingbiel und C. W. Home, beide in Keddorf. 19. Kaufmann C. W. R. Köpcke und C. B. Köpcke in Effen. Schlachtergeselle Wilhelm F. Blohm und F. R. Polst, beide in Fassenborn. Former H. Dander in Altona-Ottenfen und B. D. W. Rosenber. Sattler und Tapezier J. Andresen und C. R. M. Haad. Schlachter J. R. J. Schulz und C. E. Chr. Culert. Arbeiter A. J. W. Grundig und Witwe M. R. W. Buec geb. Mansberg. 20. Straßenbahnschaffner O. S. W. Wegner und C. H. F. Flottow. Arbeiter R. J. H. Chr. Jacobs in Hamburg und H. M. A. Koch. Techniker A. A. W. Schied in Hamburg und Chr. W. B. Frost. Arbeiter H. J. J. Langhans in Kenfeld und B. A. J. Wiese. Dekorateur W. R. J. Lüth und B. M. W. Nachs in Grevesmühlen. 21. Bureauassistent J. J. F. Bruns in Hamburg und M. A. J. Junge. Seemannsdiener L. S. Claussen, an Bord des Hamburger Dampfers „Ruhort“, und M. M. J. Benzau. Schiffsföher R. R. Hüßler, an Bord des Hamburger Dampfers „Schwarzburg“, und C. D. C. E. Fried. Steuermann J. H. W. Groth, an Bord der Bremer Yacht „Sophie Elisabeth“, und M. Chr. J. Andersfen. Schlachtergeselle R. F. Hoffmann und C. H. L. Frei. Handlungsgeselle J. Chr. S. Soroe in Schwartau und L. C. D. Hinneke. Straßenbahnschaffner W. J. H. Böttcher und A. M. C. Dobber in Luffenhof. Heizer J. R. H. Rod und J. Chr. C. Goebcke.

Eheschließungen.

September: 16. Handlungsgeselle A. Zengeling in Bremen und A. H. M. Jönsson. Heizer F. Kayler und J. C. D. Ute. 18. Handlungsgeselle F. W. E. Trostfener und R. G. W. Wolff. 19. Bäckergehilfe R. F. C. Jonsson und J. H. Runze. 20. Klempnergeselle H. A. W. Hüper und J. B. R. Schnoor. 21. Pianist R. Kannapinn und J. W. D. Borchers. Arbeiter J. W. A. Hopp und R. Schimura. Arbeiter C. R. Koschnigt in Travemünde und C. D. M. D. Dau. Schiffszimmermann Frick Heinrich Johann Bagt und Witwe Katarina Christina M. Schwarz geb. Kleinan. Arbeiter J. L. H. Bredberg und die geschiedene A. A. Wiediger geb. Martens. Arbeiter J. R. C. Gellermann und R. Bisarret. Arbeiter R. F. G. Junt und J. R. M. Möller genannt Wendelborn. Oberlehrer B. W. G. Brockhaus und M. Hautohl. Heizer A. Rogowski und A. A. M. Koop. Klempner H. G. Wiese und A. M. C. Fischer. Rutscher J. H. Johannfen und Witwe B. C. E. Boy geb. Könnau.

Sterbefälle.

13. September. Kaufmann G. J. Schröder, 64 J. 14. Arbeiter F. Th. S. Friedrichs gen. Henn, 78 J. M. D. G. geb. Zieg, Witwe des Gärtners J. G. Ch. Beitel, 61 J. (Krempelsdorf). Privatmann A. W. H. Boldt, 92 J. 15. C. M. W. geb. Martmann, Witwe des Arbeiters A. H. W. W. 78 J. F. H. G. J. Groth, 31 J. 16. W. M. F. Schubert, 4 J. L. C. J. Köhler, 8 M. Arbeiter J. J. H. Kemp, 61 J. A. F. R. Mevius, 3 J. (Moisling). Fischermeister C. J. P. Sebe, 81 J. 17. H. P. R. Köhler, 1 M. C. Jaajch, 2 M. und H. Jaajch, 2 M. (Strecknis). Träger F. H. G. Bielau, 69 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Schriftföher M. G. Bonitz. 18. L. J. A. Singelmann, 1 J. C. L. A. Freitag, 23 J. A. W. Wulf, 4 M. Versicherungsbeamter R. C. E. Gerhardt, 53 J. Maschinist J. J. G. Hümpel, 67 J. C. F. M. geb. Boch, Ehefrau des Arbeiters A. H. F. Friedrichs, 72 J. Güterföhergehilfe A. D. M. A. C. Franfen, 77 J. F. H. Stinckmann, 1 M. 19. G. M. C. Petermann, 16 J. Privatmann J. J. A. Hamann, 92 J. Rentier J. A. Droege, 73 J. C. M. geb. Brösch, Witwe des Steinföherers H. J. Ch. S. Ode, vorher verm. Meier, 76 J. Arbeiter J. Ch. D. Hellmann, 56 J. Matrose G. F. Vorchert, 63 J. 20. Arbeiter Ch. H. Sprant, 63 J. M. D. C. geb. Stadtländer, Ehefrau des Arbeiters W. H. Weck, 65 J. W. F. J. Höppler, 12 J. Kassierer J. H. Freitag, 55 J. 21. C. E. Aderhold, 8 J. H. R. C. Dietmann, 7 M. Hausdiener J. F. F. Ketseldorf, 21 J.

Aus dem Gerichtssaal.

Notlage bei einem Soldaten gibt's nicht! Eine weltfremde Entscheidung in der Frage, ob auch ein Soldat aus Not handeln kann, hat soeben das Oberkriegsgericht in Dresden als Berufungsinstanz gefällt. Nach § 248 a der neuen Novelle zum Strafgeset vom 19. Juni 1912 kann jemand, der aus Not Gegenstände von geringem Werte entwendet, nur bestraft werden, wenn Strafantrag des Geschädigten vorliegt. Es handelt sich nun um die prinzipielle, aber noch nicht rechtskräftig entschiedene Frage, ob die neue Gesetzesbestimmung auch auf Soldaten Anwendung zu finden hat. Die 1. Division des Dresdener Kriegsgerichts hat in einem Falle entschieden, daß sich auch ein Soldat vorübergehend in Not befinden könne, aber auch diese Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Im vorliegenden Falle aber hat sich die erste und nun auch die Berufungsinstanz auf einen anderen Standpunkt gestellt. Der bisher unbefristete Schütze B. vom Schützen-Regiment Nr. 108 fand eines Tages einen Brustbeutel mit 7 Mk. Inhalt. Er war zur fraglichen Zeit ohne jegliche Geldmittel, seine letzte Röhnung hatte er für Schuhreparatur ausgegeben und Zuschüsse erhält er so gut wie keine. Da er nun aber notwendig Fußzeug zu kaufen hatte, nahm er aus dem Brustbeutel rund eine Mark, während er das übrige Geld dem Eigentümer zurückgeben wollte. Dazu kam er aber nicht, denn schon 10 Minuten später fand eine Durchsuchung statt. Also: Das Motiv war Not. Strafantrag lag nicht vor, trotzdem wurde der Soldat aber angeklagt. Obgleich er vor Gericht behauptete, aus Not gehandelt zu haben, kam das Kriegsgericht zu einer Verurteilung, es erkannte wegen Unterschlagung auf drei Wochen mittleren Arrest. Es hat die Frage der Not verneint und in grundsätzlicher Beziehung Bedenken gehabt, den § 248 a überhaupt auf Soldaten anzuwenden, da für sie vom Staate ausreichend gesorgt werde (!) und deshalb von einer eigentlichen Notlage nicht gesprochen werden könne. Gegen das Urteil legte B. Berufung ein und machte geltend, daß der § 248 a hätte Anwendung finden müssen. Das Oberkriegsgericht hat sich in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung dem erstinstanzlichen Urteil angeschlossen und ausgeführt, daß von einer Anwendung des mehrfach erwähnten Paragraphen keine Rede sein könne, da im vorliegenden Falle weder Not, noch geringer Wert in Frage stehe. Das Rechtsmittel wurde verworfen. Wann handelt denn da ein Soldat überhaupt aus Not? und wo beginnt da der Begriff „geringer Wert“ und wo hört er auf?

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee und
Kommissionssitzungen

Sitzung

des
**Vorstandes und der Lohn-
kommission der Speditions-
arbeiter** (3575)
am Mittwoch abend 8¹/₂ Uhr.

Unserm Vater **Heinr. Lütgens**
die besten Wünsche zum Geburtstag.
Seine Kinder.

Fabrikarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Lübeck.

Am Sonnabend, dem 21. d. Mts.
fiarb unser Mitglied

Maria Schwarz.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 25. d. Mts., nachmittags
vor der Kapelle des Borwerfer
Friedhofes aus statt. Beginn der
Trauerfeier 3¹/₄ Uhr.

Die Mitglieder versammeln sich
um 8 Uhr beim „Weißen Strich“.
(3576) **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag morgen entschie-
fanft nach schwerer Krankheit
unsere gute Mutter u. Schwieger-
mutter (3571)

Anna Bruhns,

geb. Bräck,
im 69. Lebensjahre. Tief be-
trauert von ihren Kindern.
Lübeck, 23. September 1912.
Hundestr. 83/2.

Die Trauerfeier findet am
Freitag, dem 27. Septbr., vor-
mittags 10¹/₄ Uhr, in der Burg-
tor-Kapelle statt.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung unserer lieben
Tochter **Gertrud** sagen allen hier-
mit unsern innigsten Dank
(3579) **Familie Aderhold.**

Lücht. Schuhmacher
gesucht. (3568)
P. H. Bernhard, Böttcherdamm 10.

Kürbisse

zu verkaufen. Fund 4 Bfg.
(3565) **Schwartauer Allee 88a, II.**

Guterhaltener großer **Militär-
Kasten** und ein **Frack** zu verkauf.
(3566) **Warkentin, Georgstr. 19b.**

Ein eleg. **114 Gesellschaftsleib**,
Größe 44, sowie ein g. **Unterbett**
billig zu verkaufen.
(3564) **Moissinger Allee 65.**

I Stubentisch

zu verkaufen.
(3565) **Hortengrube 56, L.**

Bessere **Kinderwagen**
zu kaufen gesucht. Angebote mit
Preis unter **Sch W** an die Expe-
dition dieses Blattes. (3564)



Meierei Schwartzau

Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (2023)

Der Neue-Welt-Kalender

für 1913
erfährten und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem
unserer Leser sehr zu empfehlen.
Preis 40 Bfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.



Für unsere Leser!

Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkbund, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier
gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text
bieten wir unseren Lesern
zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Rheinperle Solo

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen
feinste Butter

In Geschmack, Aroma
und Bekömmlichkeit bester Butter
gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

**Doppelseitige Platten für
Grammophon, gutspielend, billig,
gebrauchte Platten werden in
Zahlung angenommen.**
(3444) **An der Mauer 106.**

**Sechsh-Heberzieher für schlanke
Figur, Damentragen und Kleider-
rock, Größe 48, billig zu verkaufen.**
(3556) **Königsstraße 38, Flügel.**

Ein Kinderwagen
zu verkaufen. Preis 6 Mk.
(3558) **Näheres Untertrave 26/4.**

**1- u. 2tägig. Kleiderchr., Kom-
mode, Bettstelle m. Bettzeug bill.
zu verk.** (3553) **Lünenhagen 6.**

Unterricht im **Weißnähen** und
Zuschneiden wird gründlich erteilt.
(3557) **Strolingstraße 30, part.**

Anfängerin möchte mit einer
Schneiderin außer dem Hause ar-
beiten. Angebote unter **D 53** an
die Expedition dieses Blatt. (3560)

Entlaufen ein junger blaugrauer
gegen Belohnung
(3552) **Erneimnenstraße 15.**

Verloren am Sonntag abend u.
Jiraelsdorf bis zur Hüchtrage eine
dunkelblaue Sandtasje mit Inhalt
und Adresse. Abzug. geg. Belohn.
(3551) **Glewiast. 7a od. Wobmstr. 42.**

**Gefunden ein Wagenfahrrad und
Reparatur.** (3550)
Abzuholen Friedenstraße 51, part.

Zehn Mk. gefunden.
(3561) **Meierstraße 25.**

Leere Zigarrenkisten
billig zu verkaufen. (3569)
Bei St. Johannis 8.

Bettstelle mit Sprungfedern.
billig zu verkaufen. (3567)
Ludwigstraße 9, part.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter
Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * **Billigste Preise.**

Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.
Naturheilstalt.
Friedrich-Wilhelmstr. 1. Lübeck Fernsprecher 3142.
Aerztliche Leitung. **Prospekt gratis.**
(3312)

Deutsch. Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Einladung zum
humoristischen Abend**
ausgeführt von der
Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky aus Berlin (5 Personen)
am Freitag, dem 4. Oktober im Gewerkschaftshaus,
am Sonnabend, dem 5. Oktober
in Paetaus Gesellschaftshaus in Fackenburg.
Anfang an beiden Abenden 8¹/₂ Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf 15 Bfg., an der Kasse 20 Bfg.
Karten sind bei sämtlichen Vertrauensleuten und im Bureau, Johannis-
straße 48, I., zu haben. (3559) **Das Komitee.**

HANSA-THEATER.
Ab Mittwoch, dem 25. September 1912, abends 8¹/₂ Uhr:
Gastspiel Otto Reutter, des größten, weltbe-
rühmtesten Humoristen.
Preise der Plätze: Loge Mk. 4, Fauteuil Mk. 3, Sperrsitz Mk. 2,
Parkett u. Seitenparkett Mk. 1.50, sämtliche andern Preise wie ge-
wöhnlich. Vorzugskarten ungtlig. (3517)

Ferner das große Spezialitäten-Programm.
Kretens Wunderhunde — Maxims kolossale Affendressuren etc.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Gp. Fremden- u. Volksvorstellung
Abends 11 Uhr: **Kabarett.** Entree frei.
Gute Weine! Neue erstklassige Kräfte! Gute Weine!
Die ganze Nacht geöffnet!

**I Garnitur, Motorrad, Pneu-
matik, fast neu, 26X2 billig zu ver-
kaufen.** (3572)
H. Krohne, Schwartzau,
Fahrradhandlung, Gutiner Str. 1.
Umzugshalber
**4 Bettstellen, Ausziehtisch, Kom-
mode, Schränke, Spiegel, Küche**
uvm., fast neu, zu verkaufen.
(3574) **Trabelmannstr. 2, part.**
Empfehle meinen **Hafier- und
Haarschneide-Salon.**
F. W. Lichtenstein,
(3578) **Gr. Burgstraße 11.**
Anfertigung von **Haararbeiten.**
Ankauf von **Frauenhaar.**
(3581) **Johannisstraße 21.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfehle
J.H. Stooß, Engelsgrube.
8007)

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
geliefert werden Ge-
genstände aller Art, als: **Möblien,**
Koffer etc. im Lagerhaus u. Spedi-
tionsgeschäft **Hücherg. 52.** (180)

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) Fernruf 2336
empfehle täglich frische
**ff. Meierei-Butter, Schlag- u.
Kaffeesahne, Vollmilch,
Mager- und Buttermilch,
Dickmilch, Pimpkäse.**

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 2. Oktober
abends 8¹/₂ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:

1. Bewilligung von Geldern aus
der Lokalkasse.
 2. Erhebung eine Extra-Beitrages.
 3. Wahl der Delegierten zur Gau-
konferenz.
 4. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung
halber ist es Pflicht aller Mitglieder
zu erscheinen.
(3573) **Der Zweigvereinsvorstand.**

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 25. Septbr.
abends 8¹/₂ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Gaukonferenz.
3. Bericht von der Kartell-Ver-
sammlung.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
(3577) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung Schneider!

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 25. Sept.
abends 8¹/₂ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:

1. Vortrag über den Reichstafel.
Referent: Kollege **W e i c e r**
Berlin.
2. Bericht über die Sitzung mit
dem Arbeitgeberverband.
3. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist
es, in dieser Versammlung zu er-
scheinen.
(3535) **Die Ortsverwaltung.**

Neues Stadttheater.
Mittwoch, den 25. September.
Außer Abonn. Außer Abonn.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¹/₄ Uhr.
Der Waffenschmied.
Komische Oper von Lotzing.
Mittelpreise. (3563)
Donnerstag, den 26. September.
9. Uff. i. V. Ab. 2. Uff. i. Donnst.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Donna Diana.
Quintet mit 5 Stimmen.
Mittelpreise.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, d. 21. September.

Sechster Verhandlungstag.

Haase eröffnet die Sitzung. Zunächst erstattet den Bericht der Beschwerdekommision

Süßheim-Münberg: Ich habe zuerst über den Fall Hildebrand zu berichten. Die Kommission hat die Berufung Hildebrands gegen den Ausschluß mit 5 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen und ich bin überzeugt, daß der Parteitag ebenso beschließen wird. Auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses in Ohligs, wo Hildebrand für Kolonien, für Schutz-zoll, für den Marokkorummel, ja sogar für den Militarismus eingetreten war, wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet. Später wurde dann betont, daß Hildebrand den ganzen grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms verwerfe und daß er in seinem Buche „Erschütterung der Industrieherrschaft und Industrie-sozialismus“ nachweisen wolle, daß dieser grundsätzliche Teil des Programms falsch sei und zu einer Verhöhnung des Klassenkampfes und Kommunismus komme. Hildebrand selbst gibt zu, daß seine Auffassungen von dem grundsätzlichen Teil des Programms abweichen. Aber er glaube der sozialdemokratischen Partei am nächsten zu stehen und in dieser am besten für seine Anschauungen wirken zu können. Er tritt für eine Agrarpolitik zur Erzielung einer mittleren Bauernwirtschaft ein, damit die Industrieländer unabhängig von den reinen Agrarländern wurden. Das führte ihn zur Zollschuttpolitik mit dem Ziele einer Errichtung einer westeuropäischen Zollunion. Ferner tritt er für den Erwerb von Kolonien unter Schaffung von Gesetzen zum Schutze der Eingeborenen ein und für Aufrechterhaltung einer Wehrmacht zum Schutze der Kolonien. Redner verliest zum Belege lange Stellen aus dem erwähnten Buche Hildebrands. Hildebrand hat zugegeben, daß diese Zitate die Quintessenz seines Buches bilden. Aus diesen Gründen ist das Nieder-rheinische Agitationskomitee zu dem Ausschluß gekommen, weil Hildebrand nicht auf dem Boden des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms stehe. Hildebrand hat dann die Einsetzung eines Schiedsgerichts veranlaßt. In dessen Sitzung erklärte Hildebrand, er sei Sozialdemokrat, weil er die Arbeiter als die allein zuverlässige Kerntruppe betrachte, um die heutigen Zustände zu bessern. Er könne sich, um diese Besserung zu erreichen, nicht auf die enge Form des Erfurter Programms festlegen. Unterbinde die Partei die Diskussion über solche Dinge, so müsse sie verknöchern. Er ziehe allerdings die Konsequenzen aus seinen Anschauungen, die manche andere nicht ziehen. Auch das Schiedsgericht kam schließlich mit 4 gegen 3 Stimmen zum Ausschluß. In der Beschwerdekommision nun hat man Hildebrand ausführlich gehört. Er selbst hat zugegeben, daß das Verfahren gegen ihn keineswegs als Ausfluß persönlicher Gefälligkeit zu betrachten sei. Hildebrand hat in der Kommission betont, er wisse wohl, daß er sich in wesentlichen Punkten von der Mehrheit der Partei unterscheidet, aber er kenne keine andere Partei, in der er tätig sein könne. (Heiterkeit.) Die Formulierung des Programms sei ihm zu eng. Unter Aufhebung der Klassengegensätze könne er sich nichts Bestimmtes vorstellen; Es handle sich um Veränderungen von Fall zu Fall. Die Grundgedanken seines Buches hat Hildebrand in der Kommission eingehend dargelegt. Vorgeworfen wurde Hildebrand, daß er in öffentlichen Versammlungen der Partei seine Gedanken zu propagieren versucht habe. Er hat nicht behaupten können, daß ihm verweigert worden sei, in Parteivereinversammlungen theoretische Vorträge zu halten. Zum Schluß erklärte Hildebrand: Ich gebe zu, daß die Partei ihre Stellung revidieren muß in Fragen der Kolonialpolitik, der Agrarfrage, der Zollpolitik und der Militärpolitik. Die Frage, ob er grundsätzlich alle indirekten Steuern ablehne, konnte er nicht bejahen. Dann hat die Kommission ohne Hildebrand weiter verhandelt. Von einem Mitgliede der Minorität wurde betont, daß eine Schädigung der

Partei nur durch parteischädigende Handlungen erfolgen könne, sonst würden wir eine sozialistisch-katholische Partei. Die Kommission hat, wie gesagt, mit 5 gegen 4 Stimmen den Ausschluß bestätigt. Für Hildebrand ist nicht wie für uns der Klassenkampf das Entscheidende, er meint, das sozialistische Endziel würde garnicht dazu verhelfen, die Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Die Hauptsache ist für ihn die Schaffung einer Bauerngrundlage. Er spricht von marxistischer Verbortheit. Unsere Partei als Kampfpartei kann kein wissenschaftlicher Diskussionsklub sein. (Sehr richtig!) Auf Grund des § 1 des Statuts gehört jeder zur Partei, der sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt. Daraus folgt ohne weiteres, daß, wer sich nicht mehr zu den Grundzügen der Partei bekennt, wenn er nicht von selbst austritt, ausgeschlossen werden muß. Wir brauchen als Kampfpartei eine gemeinsame Grundauffassung. (Sehr richtig!) Es ist ein Ehrenzueignis für die Solinger Arbeiter, daß sie sich nicht haben bestimmen lassen, die Grundauffassungen der Sozialdemokratie aufzugeben. Hildebrand behauptet, es handle sich um ein Teilproblem. Aber auch solche Teilprobleme können nur behandelt werden von den Grundbedingungen des Programms. Für uns ist der grundsätzliche Teil des Programms keine offene Frage, sondern die Grundlage der Parteizugehörigkeit. Wer nur den zweiten Teil des Programms anerkennt, den ersten aber ablehnt, ist kein Sozialdemokrat. Nur darum kann es sich handeln, ob Hildebrands Ansicht der Überbrückbarkeit der Klassengegensätze mit unsern Grundanschauungen vereinbar ist. Ich achte Hildebrands ehrliche wissenschaftliche Forschungsarbeit, es kann keine Rede davon sein, daß seine Ansicht etwa die Arbeiter irre zu führen. Aber hier kommt es nicht auf das Gefühl an, sondern darauf, die Grenzen der Parteizugehörigkeit festzulegen. Seine Anschauungen führen ihn zu Konsequenzen, die mit all unsern praktischen Forderungen im schärfsten Widerspruch stehen. Die Sozialdemokratie ist keine Zustuchtsstätte für politische Obdachlose. (Sehr richtig!) Das Eintreten für soziale Forderungen für den Emanzipationskampf macht noch nicht den Sozialdemokraten. Es kann jemand Sozialist sein und braucht noch nicht Sozialdemokrat zu sein. Wir würden auf eine schiefe Ebene kommen, wenn wir alle aufnehmen würden, die sich Sozialisten nennen. Wir dürfen uns hier nicht von Stimmungen leiten lassen. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, was wir hier vornehmen wollten, sei ein Rekrutiergericht. Ich weise das zurück. In der Partei besteht die volle Meinungsfreiheit, aber wir verlangen das Bekenntnis zur gemeinsamen Grundlage des Programms. An diesen Grundlagen findet die Meinungsfreiheit ihre Grenzen. (David: So sagt auch Hertling!) Eine Schwäche der Partei wäre es, wenn sie aus Mitleid vor dem notwendigen Schritt des Ausschlusses zurücktreten würde. Er ist eine bedauerliche aber notwendige Forderung. (Lebh. Beifall.)

Müller-München: Der Beschluß der Kommission ist mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Wohl selten hat eine Beschwerdekommision eines Parteitag unter unwürdigeren und schwierigeren Verhältnissen gefaßt, als diese. Auf Grund rein wissenschaftlicher Auseinandersetzungen sollte ein Beschluß gefaßt werden. Das Lokal, in dem die Kommission tagte, war so, daß bei lautem Sprechen jedes Wort draußen auch von Nichtmitgliedern der Partei zu hören war. (Lachen.) Sie war weiter nicht in der Lage, genau zu prüfen, ob die Auszüge aus dem Buche tendenziell waren. Ich stelle fest, daß nur eine kleine Minderheit der Richter in allen bisherigen Verfahren, auch in der Beschwerdekommision, das Buch Hildebrands wirklich gelesen hat. (Hört, hört!) Das Buch schneidet eine Fülle hochinteressanter Probleme an und ich bestehe, daß irgend ein Mitglied der Kommission im Laufe dieses Parteitag sich wirklich in diese Materie vertiefen konnte. Dazu kam, daß das Urteil des Solinger Schiedsgerichts, daß uns vorlag, so mangelhaft begründet war, daß eine solche Begründung für irgend ein bürgerliches Gerichtsurteil die größte Enttäuschung der Parteigenossen hervorgerufen würde. (Sehr richtig!) Hildebrand hat ausdrücklich bestritten, daß er sich außerhalb des Rahmens unserer

grundsätzlichen Forderungen gestellt hat. Ich gebe zu, daß die ganzen Kommissionsverhandlungen durchaus sachlich geleitet worden sind, aber in dem kontrastistischen Verfahren zwischen Hildebrand und Dittmann hat sich doch gezeigt, daß die Solinger Genossen sich durch die Propaganda Hildebrands für seine Anschauungen in ihrem Kampf gestört fühlten. Es ist gesagt worden, Hildebrand habe Zweifel und Verwirrung in die Reihen der Solinger Genossen getragen, aber es ist nachgewiesen, daß kein einziger Solinger Genosse verwirrt worden ist. (Heiterkeit.) Die Behauptung, Hildebrand habe sich um ein Parteitage-mandat beworben, ist unrichtig; es ist ihm vielmehr angetragen worden. Als besonders gravierend für sein praktisches Verhalten wurde angeführt, er habe sich geweigert, ein Flugblatt für die bauerliche Bevölkerung zu schreiben. Für die praktische Agitation aber hat Hildebrand bei seiner Schwerfälligkeit gar nicht die Befähigung wie Genossen von der flüssigen Rebegamtheit Dittmanns. Und wie gefährlich es manchmal ist, Flugblätter zu schreiben, hat ja selbst Kautsky in der Marokkoffäre erfahren. (Heiterkeit.) Die Solinger meinten offenbar wie ein früherer bayerischer Minister: Ich will mein Ruh haben. — Nun soll Hildebrand den Klassenkampfstandpunkt der Partei vollkommen verlassen haben und gegen die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel sein. Hildebrand selbst hat aber betont, die Arbeiter seien für ihn nach wie vor die Kerntruppe des Klassenkampfes, daß dieser weiter gehe, sei ihm ganz selbstverständlich. (Hört, hört!) Aber in dem Teilproblem, das sein Buch erörtert, halte er eine Kooperation der Arbeiter mit Teilen anderer Klassen für möglich, gerade um schneller zum eigentlichen Ziel zu kommen. Ich halte keine ökonomischen Betrachtungen nicht für schlüssig, aber sie sind garnicht für die Gegenwart berechnet, sondern für die Zeit des westeuropäischen Zollkongress. Mit der praktischen Arbeit der Partei in der Gegenwart haben seine wissenschaftlichen Erörterungen garnichts zu tun. Es war bisher in der Partei noch nicht verboten, in der Gegenwart auch Zukunftsprobleme zu erörtern. Er hat nicht die Grundzüge der Partei angezweifelt, sondern die Richtigkeit ihrer Formulierung. In Bezug auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel habe ich z. B. auch meine eigene Meinung. „Die verschiedensten Formen der Betriebe, der Entlohnung, können auch im Zukunftsstaat nebeneinander bestehen.“ Das sagt Kautsky. (Heiterkeit. — Wurm: Für die Übergangszeit.) Den zweiten Teil des Programms unterschreibt Hildebrand durchaus. Der Referent hat auf § 1 des Programms verwiesen. Hildebrand hat sich bei den Verhandlungen zu den Grundzügen der sozialdemokratischen Partei bekannt und nur Einwendungen gegen die Formulierung einzelner Sätze dieser Grundzüge vorgebracht. Wenn wir alle Parteigenossen, die daselbe tun, ausstießen wollten, hätten wir viel nachzuholen. Es ist immer betont worden, daß diese Grundzüge keine Dogmen sind, sonst kommen wir in der Tat zu dem Standpunkt der Katholiken. (Sehr richtig!) Hildebrand muß ebenso wie Pannetier das Recht haben, seine Anschauungen in Parteidiskussionen zu vertreten. (Sehr gut!) Hier muß das klare Recht entscheiden und die Beweise für die erhobenen Anschuldigungen sind nicht erbracht. Ich warne Sie deshalb dringend, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Wir sollten das Schild unserer Parteijustiz vollständig rein erhalten. (Bravo!)

Hildebrand: Mit welcher Leichtigkeit die Genossen, die über mich zu Gericht gesessen haben, mit ihrem Urteil fertig geworden sind, hat das Referat des Berichterstatters wieder bewiesen. Süßheim hat den Solingern ein über-schwengliches Lob dafür ausgesprochen, daß sie sich nicht für meine Anschauungen hätten gewinnen lassen, daher hätte ich meine Stellung als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ niedergelegt. Dabei habe ich meine Studien, die für mich gewissermaßen zu einer inneren Katastrophe geworden sind, erst nach der Niederlegung der Redakteurstelle betrieben (Hört, hört!) und nachher habe ich nur in drei Fällen Gelegenheit gehabt, in kleinen Versammlungen meine Anschauungen vor den Solinger Parteigenossen zu vertreten. Über die Versammlung in Ohligs ist ein Bericht der „Ber-

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(29. Fortsetzung.)

„Ich suche das Glück nicht und erwarte es nicht — ich bin nicht dafür geboren — ich will aber auch unser heider sicheres Unglück nicht durch eine kurze Seligkeit erkaufen!“ erwiderte sie mit ihrem früheren, aus tiefer Jünglichkeit und Trauer gemischten Tone: „Du wirst noch eine andere Gefühlswärme als Deine jegliche kennen lernen, Max; ich aber verlange nichts für mich, als einen Halt, der mir eine unabweisende Stellung gibt, einen Begleiter, der dieselbe Achtung verdient, die ich für mich fordere, und von meinem innern Leben nicht mehr beansprucht, als sich ihm freiwillig bietet. Das eigentliche Glück mag nicht in einem solchen Verhältnis zu finden sein, aber wenigstens birgt dieses auch keine Täuschung und genügt völlig für den, der mit seinen Wünschen abgeschlossen hat. — Und nun, Max,“ fuhr sie, wie sich innerlich zusammenraffend und ein Lächeln verjüngend, fort, „ich uns ruhig denselben Standpunkt wieder annehmen, auf dem wir unser Gespräch begannen; ich wollte Deine Meinung über meine Lage und ihre Aussichten hören — Du hast Dich von Deinem guten Herzen fortziehen lassen, und ich war töricht genug zu folgen; das ist vorüber, und jetzt möchte ich wohl wissen, was Du sagen würdest, wenn ich — nun ja, warum soll ich es nicht aussprechen — wenn ich unsern Direktor erhörte? er würde mehr als mancher andere den Anprüfungen genügen, welche ich an eine befriedigende Zukunft zu stellen habe.“

Reichardt sah in ihr Auge, das nur unsicher seinen Blick auszuhalten schien, und ein Gefühl von Wehmut stieg in seinem Herzen auf. Es war ihm, als könne er das Mädchen verstehen, die es vorzog, ihr Herz mit seinen Schätzen zu begraben, als es hinzugeben, wo ihm niemals dieselbe heiße Flamme entgegengeschlagen hätte, und ein Leben der kalten, nüchternen Vernunft zu beginnen — und doch erschien ihm ein solcher Entschluß in der Fülle der Frische und Jugendkraft, welche sie belebten, wieder so unnatürlich, daß dieser nur aus einem Gemüte entsprungen sein konnte, das mit jeder andern Hoffnung fertig ist!

„Warst Du nicht schon mit Dir einig, Matilde, ehe Du meine Ansicht verlangtest?“ fragte er.

„Ich bin es jetzt noch nicht, Max, erwiderte sie, ihre Sicherheit wieder gewinnend, „aber ich habe eingeschaut, daß ich, um zu dem rechten Ziele zu kommen, Dir meine Fragen bestimmen stellen muß. Antworte mir ebenso, ich habe Dir einen vollen Einblick in die Charaktere und die Verhältnisse

gegeben. Der Direktor kam seine fünfundvierzig Jahre zählen, aber sein Geist ist jugendlicher, als der vieler unserer jungen Männer. Er ist ein durch und durch nobler Charakter und die Kunst seine eigentliche Lebenslust. Er mag mich ebensowenig lieben als ich ihn, aber gegenseitige Achtung und gemeinschaftliche Neigungen bilden wohl einen haltbaren Ersatz für das, was sich oft Liebe nennt. Er ist in mancher Beziehung ein Original, wohl in andern ein halbes Kind, aber vielleicht kann hier meine eigene Selbständigkeit zu einer Ergänzung helfen. — Nun, Max?“ setzte sie nach einer Pause hinzu, als der junge Mann ihr nur mit einem stillen Blicke ins Gesicht sah.

„Warum fragst Du denn noch?“ erwiderte er, wie in halber Gedrücktheit. „Wenn ich nun auch sagte, was sich einer solchen Verbindung entgegenstellen läßt, so könnte es doch kaum mehr sein, als Du Dir selbst längst gesagt haben mußt; im übrigen aber ist Dein Entschluß bereits so vorbereitet, und jeder muß immer selbst am besten wissen, was zu seiner Befriedigung gehört, daß meine Worte gewiß am wenigsten ins Gewicht fallen können.“

„Bist Du unzufrieden, Max, daß ich mich Dir gegeben habe wie ich bin, mit allen Schöpfheiten, die wohl in mir sein mögen?“ unterbrach sie ihn, seine Hand von neuem fassend, „daß ich mir einmal den seltenen Genuß gönnt, zu sprechen, wie es mir auf der Seele lastet?“

„Matilde!“ rief Reichardt, welchen bei dem halbklagenden Blicke des Mädchens das ganze Mitgefühl für sie wieder überkommen hatte, „es ist ja nur der Schmerz, der aus mir spricht, der Schmerz, daß ich kein befriedigendes Glück für Dich schaffen kann, aber auch keines in Deinen Entschlüssen sehe, trotz alle der herausgekehrten lichten Seiten, mit denen Du Dich selbst zu täuschen suchst!“

„Lassen wir die Sache jetzt!“ erwiderte sie, wieder hell zu ihm aufblickend, „es wird spät, und ich verpöche Dir, mich nicht zu übereilen. Ich habe morgen früh den Direktor zu mir bestellt, aber es liegt noch eine lange Nacht zwischen jetzt und morgen. Set nach dem Frühstück wieder bei mir, dann werden wir beide mit ruhigerem Auge die Dinge betrachten. Und nun gute Nacht, Max!“

Mit einem stillen Kopfschütteln war Reichardt die Treppe nach den untern Räumen hinabgeschritten. Er fühlte sich unmutig, kaum wußte er aber, ob infolge der Zurückweisung seines Antrags, oder aus Sorge über Matildens Wahl, die ihm noch immer kaum anders als ein Verzweiflungsschritt erscheinen wollte. Jedenfalls war das Bild, welches er sich von der nächsten Zukunft im Zusammenleben und Wirken mit ihr geschaffen, zerronnen, und doch hätte er am wenigsten von ihr ein Hindernis für die Verwirklichung des-

selb-n erwartet. Aber sie war jetzt eine andere, als er sie in Neugork gekannt, und wenn er sich auch nicht in ihrer Liebe zu ihm getäuscht hatte, so bot ihm diese eigentümliche Natur doch so viel neue Seiten, daß er das schüchle Mädchen, welches damals seine Schwester geworden, kaum aus ihr herauszuerkennen vermochte.

Er war in den Ausgang des Hotels getreten, überlegend, ob er in seinem erregten Zustande schon das Bett suche, oder noch einen Gang durch die hellerleuchteten Straßen mache, als eine bekannte Stimme neben ihm laut wurde. „Hatten Sie mir nicht einige Fragen vorzulegen, Sir?“ Sie sehen, daß ich Ihnen gern die Mühe spare, mich zu suchen!“ klang es, und als er den Kopf wandte, sah er in des Agenten Gesicht, das eine ironische Ruhe bewahren zu wollen, aber einen innern Ingrimm nicht verbergen zu können schien. Reichardt hatte trotz Matildens Mitteilungen noch immer keine Ahnung, weshalb der Mensch sich an ihm reiben zu wollen schien, aber dieser kam ihm in seiner jetzigen Stimmung kaum unangelegen.

„Lassen Sie uns nach dem Speisezimmer gehen, wo wir wohl ungestört sein werden“, erwiderte er mit einem finstern Kopfnicken und schritt dem andern nach dem bezeichneten Räume, welcher nur noch von einer halbeingedrehten Gasflamme notdürftig erleuchtet war, voran. Die Mitte des großen Zimmers durchschneidende Tafel war noch mit aufgetürmten Geschirr und einem Haufen Messern und Gabeln, die sich zu einem großen Vorlegemesser wie die Brut desselben ausnahmen, besetzt; Reichardt lehnte sich bequem gegen den Tisch, schlug die Arme in einander und sah mit hochauferichtetem Kopfe seinem Gegner, welcher vorsichtig die offene Tür schloß, entgegen. „Ich wünsche einfach zu wissen, Sir“, fragte der Deutsche, sobald sich der Agent nach ihm kehrte, „was Ihre auffallend höhnische Miene, mit welcher Sie mich seit meinem Eintritt ins Hotel verfolgt haben, zu bedeuten hat, und erwarte, wenn ich sie nicht als sichtsiche Beleidigung Ihrerseits betrachten soll, eine genügende Erklärung.“

Die Erklärung sollen Sie jedenfalls haben“, erwiderte der Amerikaner, während der spöttische Zug um seinen Mund einem bössartigen Ausdruck seines ganzen Gesichts Platz machte; „im übrigen aber steht es Ihnen frei, sich so beleidigt zu fühlen, als Sie Lust haben; ich bin völlig bereit, für meine Worte einzustehen!“

„Ich höre, Sir!“ sagte Reichardt, die Augen zusammenziehend und sich fester gegen den Tisch stützend. Der Mensch schien einen ernstlichen Streit mit ihm zu suchen, und wenn auch der Deutsche gern einen solchen vermieden hätte, so war er doch fest entschlossen, sich in keiner Weise zu nahe treten zu lassen.

gischen Arbeiterstimme" erschienen, der meine Ausführungen teilweise direkt auf den Kopf stellte. Und da behauptet Süßheim, es sei ein Beweis für die Solidität der Bildung der Solinger Genossen, daß sie sich nicht von mir hätten einfangen lassen! Das charakterisiert die Art seines Vorgehens. Dann soll ich nach Süßheim gesagt haben, ich wüßte nicht, wo ich anderswo eine Unterkunft finden könne. Das klingt so, als irrte ich heimatlos hin und her und wüßte nicht wohin. Ich habe aber gerade gesagt: Ich habe die und die Aufstellungen und auf Grund dieser Auffassungen kann ich gar nicht anders, als mich zur Sozialdemokratie rechnen. (Hört, hört!) Ich habe mich weiter gerade für die Umwandlung unseres Heeres in ein Volksheer ausgesprochen. Aber gerade das Gegenteil habe ich gesagt, was Süßheim mir unterstellte. (Hört, hört!) Es ist nicht wahr, daß ich in meinem Buch mich gegen die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Wahr ist, daß ich darzulegen suchte, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht genüge, um die Arbeiter vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Aber nicht eine Abänderung, sondern eine Ergänzung des Programms habe ich vorgeschlagen. In dem großen Streit zwischen Individualismus und Sozialismus stelle ich mich unbedingt auf den Standpunkt des Sozialismus. Es gibt sehr viel Radikale, die insofern Individualisten sind, als es ihnen nur auf ihre eigene Karriere ankommt. Mir ist es stets nur auf die Sache angekommen. Ich bin Sozialist in allen wirtschaftlichen Fragen. Nicht das Wohl des Einzelnen steht für mich auf dem Spiel, sondern das Wohl der Allgemeinheit. Ich halte die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation der Gesellschaft für eine selbstverständliche Forderung. (Sehr richtig!) Aber ich behaupte nie etwas, was ich nicht beweisen kann. Deshalb bin ich gewiß kein Taktiker, aber ich glaube, es muß auch Menschen geben, die sich ein solches moralisches Ziel setzen. Also ich bin für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Aber das macht allein noch nicht den Sozialdemokraten. Die Sozialisierung muß auch auf dem Boden der Demokratie erfolgen. Ebenso stehe ich auch auf dem Boden des Klassenkampfes. Ich sehe gar keine Möglichkeit, die Klassengegenstände mit gutem Willen im ganzen aufzuheben. Diese Klassengegenstände sind für mich etwas Selbstverständliches. Aber ich meine, vom ethischen Standpunkt dürfen wir es nicht verläugern, wenn die Möglichkeit vorliegt, in einem bestimmten Falle ohne Klassenkampf ein bestimmtes Ziel zu erreichen. (Sehr richtig!) Nun ist die Durchführung der sozialistischen Grundzüge nach Auffassung aller derer die auf dem Boden des historischen Materialismus stehen gebunden an objektive Bewirkungsmöglichkeiten. (Sehr richtig!) Von dieser Grundlage aus hat die wissenschaftliche Forderung für die Sozialdemokratie so große Bedeutung und wer diese wissenschaftliche Forderung zu unterbinden sucht, veründigt sich an den Grundlagen des Sozialismus. (Sehr richtig!) Mein Buch behandelt nun ein bestimmtes Teilproblem. Wissenschaftliche Erörterungen über den Inhalt meines Buches haben alle Instanzen abgelehnt. Aber wie soll man feststellen, ob das, was ich praktisch für notwendig halte, dem demokratischen Sozialismus widerspricht, wenn man die Voraussetzungen, die mich zu den praktischen Folgerungen führen, zu prüfen vorzuziehen ablehnt. (Sehr richtig!) Man kann aber mein Buch überhaupt nur dann würdigen, wenn man es wissenschaftlich behandelt. (Sehr richtig!) Da das bisher nie geschehen ist, sind alle bisher gefällten Voten ohne genügende Grundlagen beschloffen worden. Ich habe in der Vorrede meines Buches ausdrücklich erklärt, daß ich nur Anregungen geben wollte zur Diskussion eines sehr wichtigen Problems, daß ich mich keineswegs auf die einzelnen Folgerungen festlege. Nun diese von mir gewünschte Diskussion ist nicht eingetreten. Das mag daran liegen, daß das Buch schlecht ist, darüber zu urteilen bin ich als Verfasser nicht berufen. Aber ich war verpflichtet, diese Dinge zur Erörterung zu bringen, weil, wenn ich recht hatte, daraus sehr wesentliche Folgerungen für die Politik der Partei sich ergeben müßten. (Sehr richtig!) Ich befürchte doch auf Grund meiner Studien eine schwere wirtschaftliche Krise und es war meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit die Arbeiter davor zu warnen. Es mag sein, daß ich in dieser inneren Erörterung einige allzu scharfe Ausdrücke gebraucht habe, aber in der Sache kann ich nichts zurücknehmen. All den Genossen, die in den Vorinstanzen ausschlaggebend waren, kam es aber darauf an, mich auf diese Ausdrücke festzulegen und nicht in das Verständnis des Zusammenhanges einzudringen und von da aus mir zu sagen: Hören Sie Hildebrand, haben Sie nicht dabei Ausdrücke gebraucht, die Sie bei genauerer Ueberlegung nicht aufrechterhalten können, und auf die sich Leute, die das ganze Buch nicht verstehen können, dann immer berufen werden. Das würde ich ohne weiteres zugeben. In der Kommission

hat der Vorsitzende Hofrichter erklärt, es sei gerade ein Vorzug, daß die meisten Schiedsrichter mein Buch nicht gelesen hätten, desto unbefangener könnten sie urteilen. (Lebh. hört, hört! und Heiterkeit!) Sind Sie denn wirklich mit einer derartigen Erledigung der Sache einverstanden. Sie übernehmen eine große Verantwortlichkeit innerhalb der Arbeiterbewegung. Es handelt sich in der Tat um die Frage, ist die Meinungsfreiheit innerhalb der Sozialdemokratie gefährdet oder nicht? Darüber erwarte ich Ihr Urteil. (Lebhafter Beifall!)

Dittmann-Solingen: Irgendwelche persönliche Antipathitäten gegen Hildebrand lagen in Solingen nicht vor. Die Solinger Arbeiter haben vielmehr die größte Langmut mit Hildebrand bewiesen. Hildebrand gehört zu den Nationalsozialen, die nach dem Siege von 1903 zur Partei kamen. Er kam von Berlin nach Solingen als Redakteur, gab diese Stellung nach drei Jahren auf und ich kam dann von Frankfurt als sein Nachfolger nach Solingen. Ich kann also die Solinger Arbeiter nicht gegen ihn beeinflussen haben. Aber in der ganzen Zeit seiner Redaktionsführung hat sich lebhafteste Opposition gegen seine Anschauungen in den Kreisen der Solinger Parteigenossen geltend gemacht. Persönlich hat er Sympathie genossen. Ich habe es, solange als es mir möglich war, vermieden, mich mit ihm in Auseinandersetzungen einzulassen. Den Ausgang, den solche Auseinandersetzungen haben mußten, habe ich damals schon vorausgesehen. Entweder mußte Hildebrand freiwillig austreten oder es mußte ihm gelagt werden: Du gehörst nicht mehr zu uns. Soweit ist es jetzt gekommen. Hildebrand ist in Solingen mit dem größten Entgegenkommen behandelt worden, aber er ist gegangen, weil er bei den Solinger Arbeitern kein Verständnis gefunden hat. So sehr ich einer Auseinandersetzung auswich, so sehr strebte sie Hildebrand an. Er fühlte sich totgeschwiegen. Wir wollten ihn schonen, er aber wollte uns zwingen, sich mit seinen Anschauungen zu beschäftigen. Mit dem Erscheinen seines Buches wurde es vollends klar, daß Hildebrand nicht mehr auf dem Boden der Partei steht. Er hatte immer von der Gewinnung der Bauern gesprochen. Es wurde beschloffen ein Flugblatt zu diesem Zwecke herauszugeben. Hildebrand aber erklärte, es sei ihm nicht möglich, auf Grund der in der Partei herrschenden Anschauungen ein solches Flugblatt zu schreiben. (Hört, hört!) Das war ehrlich und loyal von Hildebrand, aber es beweist doch auch, daß Hildebrand nicht mehr zu uns gehörte. Nach dem öffentlichen Auftreten Hildebrands in öffentlichen Versammlungen, die nicht einmal Parteiverfammlungen waren, ging es nicht mehr an zu schweigen. Man mußte sich mit Hildebrand beschäftigen und gegen ihn polemisieren. Die Knüppel, die uns Hildebrand in die praktische Arbeiterbewegung warf, gaben den Anstoß zu dem Verfahren gegen ihn. Hildebrand hat stets erklärt, daß gegen ihn sachlich vorgegangen ist, er hat auch ausdrücklich erklärt, daß er materiell durch den Ausschluß nicht geschädigt werden würde. Dieses Wort mußte also ausgesprochen werden. Man hat die Schiedsrichter erster Instanz der Oberflächlichkeit geziehen, weil sie das Buch nicht gelesen hätten. Es handelt sich gar nicht um das Buch, sondern um seine Grundanschauungen. Die mündlichen Auseinandersetzungen und seine mündlich vorgetragenen Anschauungen genügt für die Schiedsrichter völlig, zu erkennen, daß Hildebrand nicht mehr zur Partei gehörte. Heute hat Hildebrand zum ersten mal gelagt, daß er manchen Ausdruck heute für zu scharf gefast halte. Darauf kommt es doch aber im wesentlichen an. Ich will die Anschauungen Hildebrands nicht mehr ausführlich darlegen. Er leugnet den Klassenkampf nicht, er betrachtet ihn als etwas sekundäres gegenüber der Bildung der westeuropäischen Zollunion. Gerade diese Zollunion verstoßt gegen unseren Hauptgrundsatz, die internationale Solidarität, weil sie Westeuropa im Gegensatz zur übrigen Welt bringt. Hildebrand ist kein Gegner der Schutzzölle, er vertritt damit in letzter Linie die Verteuerung der Lebensmittel, die ja eine Folge dieser Schutzpolitik ist. Hildebrand will aus seinen Anschauungen aber auch nicht etwa nur für die Zukunft praktische Konsequenzen ziehen, sondern schon für die Gegenwart. Er stellt das westeuropäische Gemeinheitsgefühl als das hauptsächlich Bestimmende unserer Gegenwartspolitik hin und nicht den Klassenkampf. Er will die Partei auf einen neuen grundsätzlichen Boden drängen. Nun sagt man, die Partei müsse darüber diskutieren, ob sein Standpunkt der richtige sei. Aber es ist schon betont worden, die Partei ist kein Diskussionsklub. Die Partei kann nicht dulden, daß unter dem Schutze der Meinungsfreiheit die Grundlagen des Programms negiert werden. Die Entscheidung ist spruchreif. Das Buch liegt seit zwei Jahren vor. (Zuruf: Ist aber nicht gelesen!) Auch die Parteigenossen, die sich aus formalen Gründen gegen den Ausschluß wendeten, haben sich wohl gehütet, sich zu keinen Anschauungen zu bekennen; denn wer das tut,

gehört nicht in die Partei. Machen Sie kurzen Prozeß und lassen Sie nicht die Sozialdemokratie zum Zummelpfad antifozialdemokratischer Tendenzen werden. (Beifall.)

Es läuft ein Antrag ein, die Angelegenheit auf den nächsten Parteitag zu vertagen und den Parteivorstand zu beauftragen, das nötige Material den Delegierten des nächsten Parteitags zuzustellen.

Dr. Gradnauer begründet den Antrag. Es ist zum erstenmal, daß ein Parteigenosse auf Grund seiner wissenschaftlichen Überzeugungen ausgeschlossen werden soll. Die "Jungen" wurden i. St. lediglich auf Grund von Beteiligungen ausgeschlossen. Die sehr wichtige Frage ist zweifellos nicht genügend geklärt und wir haben auf diesem Parteitag nicht mehr die Möglichkeit, in Ruhe zu entscheiden. Die Ehre und Würde der Partei verlangt, daß wir nicht übereilert in einem so bedeutungsvollen Falle eine Entscheidung treffen. (Beifall.)

Klara Zettin: Ich rate dringend, die Angelegenheit nicht zu vertagen. Meines Erachtens ist die Sache genügend geklärt. (Sehr richtig!) Wir sind nicht hier dazu da, um zu entscheiden über die wissenschaftliche Bedeutung des Buches von Hildebrand. In Betracht kommt allein die politische Seite der Frage. Auch in ein, zwei Jahren hätten wohl nur ganz wenige Delegierte das Buch gelesen. (Hört, hört!) Wir sind hier ganz simple politische Kämpfer (Helmann: Wir sind eine wissenschaftliche Partei!) Auf die praktischen Konsequenzen seiner Anschauungen kommt es an. (Zuruf: Dann müssen wir auch Pannekoek ausschließen.) Wir wollen doch nicht erst abwarten, daß die Anschauungen Hildebrands Boden in der Partei finden; dem ersten Schritt muß entgegengetreten werden. Über der Meinungsfreiheit steht die Notwendigkeit, die einheitliche Aktion der Partei nicht zu fördern. (Lebh. Beifall.)

Der Antrag Gradnauer wird abgelehnt.

Heine: Ich spreche erstens aus formellen Gründen gegen den Ausschluß. Was würden wir für ein Geschrei erheben, wenn bürgerliche Gerichte entscheiden wollten ohne objektives Referat, sondern eine Anklage. Weder Süßheim noch Dittmann hat es unternommen, den Gedanken gang des Hildebrandschen Buches widerzugeben. Nach Ablehnung des Antrags Gradnauer gibt es nichts anderes als aus Mangel an Beweisen den Angeklagten freizusprechen. Was Dittmann über nicht taktvolles Verhalten Hildebrands ausführte, genügt nicht zum Ausschluß, sondern könnte höchstens die Partei veranlassen, ihn nicht auf verantwortliche Stellen zu setzen. (Sehr richtig!) Mit einem Streit zwischen Radikalismus und Revisionismus hat die Sache nichts zu tun. Ich lehne es ab, mich auf die Zukunftsspekulationen Hildebrands einzulassen. Jedenfalls aber sind Zukunftsspekulationen doch sonst in der Partei stets erlaubt gewesen. Und in der Gegenwartsbewegung steht Hildebrand auf unserer Seite. Sie haben den Mann gehört, wie er mit großer Warmherzigkeit, Ehrlichkeit und Überzeugung seine Zugehörigkeit zur Partei betont und auch mit großem Mut nicht das Abweichende verschwiegen hat. Ein solcher Mann kann jeder Partei nur zur Ehre gereichen und ihn wollt ihr ausschließen! Der Ausschluß Hildebrands würde gegen das Prinzip verstoßen, daß unsere Partei auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung beruht. Forschungsfreiheit ist die notwendige Voraussetzung einer Politik, die sich auf Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen aufbaut. Man muß die Tatsachen erkennen und muß warnen, wenn man Gefahren sieht. Der Fall liegt genau so, wie gestern mit Pannekoek, der auch Grundlagen des Parteiprogramms als mangelhaft bezeichnet hat. Machen Sie keinen politischen Tendenzprozeß aus der Sache. Laden Sie nicht auf die Partei den Vorwurf der Intoleranz. Es wäre auch zwecklos. Kein Genosse von Ehre und Gewissen wird je seine Überzeugung verleugnen können. Dem einen Regiergericht würden sofort andere folgen und dabei würden immer gerade die betroffenen, die am meisten den Mut ihrer Überzeugung haben. (Sehr richtig!) Eine Partei von vier Millionen muß stark genug sein, um auch Eingänger in sich bergen zu können. Sie muß groß und frei handeln. Man sagt, die Gegner können uns die Äußerungen Hildebrands vorhalten. Aber der Schaden, der durch die heutigen Reden von Dittmann und Frau Zettin angerichtet worden ist, ist in 10 Jahren nicht wieder gut zu machen. (Zustimmung und Unruhe.) Man hat gesagt, wir liefern durch unsere Worte vom Regiergericht dem Gegner Waffen. Ich habe im Reichstag — einmal sehr scharf die Klassenjustiz kritisiert. Staatssekretär Nieberding war nicht imstande, irgend etwas von meinen Angaben zu bestreiten. Schließlich stammelte er meinerseits, der Abg. Heine möchte

"Verr well, Sir!" entgegnete der andere finster. "Sie treten hier als Bruder der Miß Heger auf; zufällig weiß ich aber, daß zwischen Ihnen und der Lady gerade so wenig Verwandtschaft besteht, als zwischen uns beiden hier — ich kann Ihnen sogar, falls Sie Ihre Lüge zu behaupten gedächten, meinen Gewährsmann nennen, es ist einer Ihrer Freunde, der mit Ihnen und der Lady über See gekommen ist, ein Kupferstecher Reihner, in der Weststraße von Johnson und Sohn in Regent Street beschäftigt; und jetzt, Sir, werden Sie mir wohl nicht verwehren, meine Bemerkungen über das wackere Geschwätverhältnis gerade so anzustellen, wie es mir beliebt."

Reichardt hatte seinem Gegner seit ins Auge gesehen und laun merkwürdig die Farbe gewechselt. Jetzt zog er sein Notizbuch heraus, einige Worte darin notierend, und barg es ruhig wieder an seinem früheren Orte. "Wollen Sie mir wohl sagen, wie Sie mit diesem Kupferstecher Reihner zusammengetroffen sind?" fragte er dann kalt.

"Sie haben mit der einjährigen Angabe noch nicht genug!" gab der Agent, grimmig lachend, zurück. "Sie sollen alles hören, damit Sie sich nicht zu beklagen haben. Es war am Abend nach dem Engagement der Miß Heger, daß ich in einem deutschen Lokale von der vorzüglichen Aquilition, welche mir gelang, sprach und von einem jungen Mann angetreten ward, der sich nach einem Mr. Reichardt, dem bisherigen Beschützer der jungen Lady, erkundigte. Es konnte mir nur lieb sein, daß er, das Gesicht zu einem heillosen Lächeln verziehend, fort, etwas über die Bergengänge unseres neuen Anwesens zu hören, und ich ersah wohl auch alles, was nötig ist, um die Art des bisher schon bekannten Geschwätverhältnisses zu verstehen. Verleugern Sie noch mehr Entstellungen, Sir?"

In Reichardts Gesicht war laugenhaft ein dunkles Rot getreten, aber er hielt sich ruhig an ihm. "Sie werden weder Miß Heger noch mich mit Ihren Andeutungen beschuldigen können", sagte er, "nur ich selbst, Sir! Sie lassen ein Verhältnis der schmutzigen Art annehmen und denken doch daran, derselben Lady Ihre Hand zur Ehe zu bieten. Sie beschimpfen Sie, während Sie die Antwort auf Ihren Antrag erwarten. Ich kann versichern, daß Sie bei Ihrer Voraussetzung die Eiferstadt gereinigt hat, jetzt ist hier ein, daß Sie nachher in mir ein Hindernis für Ihre Pläne sehen. Aber nur die bodenlose Gemeinheit kann unter solcher Verhältnisse zu Worte gehen, wie Sie es gegen Sie und mein Verhältnis zu Miß Heger zu rechtfertigen, halte ich nicht unter meiner Würde. Was die Lady betrifft, deren Ehe zu verheiraten ich kann noch ein Recht habe, ist mich etwas weniger die gebührende Antwort werden."

"Halt an!" rief der Amerikaner mit funkelnden Augen, als Reichardt Miene machte, seine Stellung zu verlassen. "Sie glauben mir alles das so ohne weiteres sagen zu dürfen? Sie fürchten sich, mir das Wort 'Lügner' ins Gesicht zu werfen und wollen auf Umwegen davon schlüpfen —"

"Bleiben Sie mir vom Leibe, Sir!" unterbrach ihn Reichardt, nach dem Handgelenk seines Gegners fassend, welcher die Faust dicht vor seinem Gesichte erhob. Dieser rang einen Moment mit verbißenen Lippen, um seine Hand zu befreien, und nahm dann einen kurzen Anlauf zum Stoße in des Deutschen Gesicht. Eine kräftige Armbewegung des letzteren warf den Amerikaner zwei Schritte zurück. Ingleich aber nahen Reichardts Hände mechanisch eine Waffe fassend nach dem Tische — er sah den Ausdruck der vollen Wut in seines Gegners Gesichte, sah diesen mit hochgezogenen Schultern eine Borer-Stellung annehmen und wußte, daß er dessen Kräfte in keiner Weise gewachsen war. Seine Finger fühlten den Griff eines großen Messers. "Bleiben Sie mir vom Leibe, oder es geht nicht gut!" rief er, als er den Agenten lauernd einen heissen Schritt gegen sich tun sah, aber im nächsten Momente schon führte dieser mit vorgehaltenem linken Arme einen Faustschlag gegen den Deutschen — ein kurzer Aufschrei erfolgte, der Angreifer taumelte zurück und brach in sich zusammen; in Reichardts Hand aber bligte das große Vorkesselmesser, das er erfaßt und zu seinem Schutze vorgestreckt hatte.

Eine volle Minute lang herrschte Totenstille in dem düster erleuchteten Räume — nur aus dem "Bar-Room" herüber klangen lärmende Stimmen und lautes Gelächter — Reichardt stand bewegungslos wie eine Statue, auf dem am Boden liegenden Mann blickend. Plötzlich aber schien das volle Bewußtsein dessen, was geschehen, über ihn zu kommen. Sein Gesicht wurde leichenbleich, und das Messer entfiel seiner Hand. "Er hat es selbst getan, er selbst!" preßte es sich in heiserem Tone aus seiner Brust. Da fühlte er seine Schulter berührt und fuhr in einem Schreden, der alle seine Glieder durchzitterte, auf. Ein schwarzes, ängstliches Gesicht sah ihm entgegen, "Machen Sie, daß Sie fortkommen, Sir", hörte er, "ich habe gesehen, wie alles gekommen ist, aber des schwarzen Mannes Zeugnis gilt so viel als nichts, und Sie werden als Fremder einen bösen Stand haben!"

"Ich habe nicht getan — aber fort, fort, es ist wahr!" rief der Deutsche, wie von Entsetzen gepackt einen neuen Blick auf der regungslosen Körper werfend. "Helft mir, Bob, helft mir, ich zahl es Euch!" wandte er sich dann hastig an den Negler. "Schneid die Tür hier und hole meinen Koffer und Kautschuk von Nr. 5. Es ist ein langer Weg, um das Boot bis zum Steg zu schaffen, und ich habe sehr ein Boot,

das mich mit fortnimmt!" Er riß sein Portemonnaie aus der Tasche und griff von den beiden Zehndollar-Goldstücken, welche er neben einigem Papiergelde noch besaß, eins heraus, und reichte es mit fliegender Hand dem Schwarzen.

"Es wäre schon recht, Sir", erwiderte dieser ängstlich mit der Hand zuckend, als dürste er das Gebotene nicht berühren, "ich kann aber nicht so weit vom Hause weg, ohne vermißt zu werden, und es muß doch auch für den Gentleman hier gesorgt sein — zwei Straßen von hier halt eine Reihe Mietkutschen, bis dahin wollte ich das Gepäck wohl schaffen —"

"Gut, Bob, also bis dahin — Ihr findet dort mich und Cuere zehn Dollars!"

Reichardt sah noch, wie der Schwarze die Gasflamme ausdrehte, und hatte dann im fliegenden Schritte das Haus verlassen, den Weg nach der bezeichneten Ecke einschlagend. In seinem Kopfe begann es wie rundum zu gehen. Nur hier und da noch fiel aus einem der Verkaufslöke ein Schein auf die dunkle Straße, und fast hätte er die kleine Zahl der noch bereit stehenden Wagen passiert, ohne sie zu bemerken. Er stellte sich dicht am Ende des letzten auf und ließ den Blick scharf nach dem Hotel hinabschweifen. In dem erwarteten, Schwarzen konzentrierten sich im Augenblicke die wenigen Gedanken, welche er noch fassen konnte. Daneben aber schwirren dunkle Bilder, der vollbrachte Mord, die mögliche Entdeckung, seine Gefangennahme und hilflose Lage in fremdem Lande, vor seiner Seele, ohne indessen zur bestimmten Form gelangen zu können, und erst als er eine breite Gestalt mit einer Last auf der Schulter vom Fußwege herüberbiegen sah, war er imstande, sich der peinigenenden Vorstellungen zu entschlagen.

"Hier, Bob!" rief er, und der Herantommende folgte dem Weisung. — "Nur rasch, damit ich nicht vermißt werde!" flüsterte dieser, den Koffer nach dem Rutscher hinaufreichend, und kaum hatte ihm Reichardt den versprochenen Lohn in die Hand gedrückt, als er auch schon im Schatten der Wagenreihe wieder verschwunden war.

"Wohin, Sir?" fragte der Kutscher, als Reichardt in das Gefährt sprang.

Nach der Levee — aber schnell. Es können kaum mehr als fünf Minuten bis zum Abgange des Bootes sein!"

Welches Boot, Sir?" war die neue Frage, während die Peitsche auf die Pferde fiel.

"Die Mary Brown!" entgegnete der Deutsche, um nur einen Namen zu nennen, und der Wagen rasselte vorwärts.

(Fortsetzung folgt)

doch auch einmal Ungerechtigkeiten bei seinen eigenen Parteigenossen kritisieren, worauf ich ihm erwiderte: Dadurch, daß ich auch meinen Parteigenossen gegenüber stets Ungerechtigkeiten kritisiert habe, wo ich sie gesehen habe, daß ich auch dort kein Blatt vor den Mund genommen habe, habe ich mir das Recht bewahrt, auch hier im Reichstag in dieser Weise zu sprechen und ich verlange Beachtung. (Bravo!) Darauf haben die Regierung und die gesamte Rechte sich in verlegenes Schweigen gehüllt. Die Partei ist von Feinden umdrängt. Bereiten Sie ihr nicht noch mehr Schwierigkeiten. Wenn der Grundhau von Frau Zetkin maßgebend bleibt, daß in der Partei nur für eine einheitliche Meinung Raum ist, dann werden wir zur Kirche. Innerhalb der Partei gibt es sehr viele einzelne Wege, der Strom rinnt aus vielen Bächen und er kann nur dann fortsetzende Gewalt haben, die die Welt umwälzen soll, wenn Sie nicht künstlich das Wasser ableiten aus Angst, es könnte Ihr Wässerschen getrübt werden. Ich sage, wenn zehnmal ein verkehrtes Urteil durch diesen schlecht unterrichteten Parteitag gefällt wird, dann bleibt unsere Partei doch die Partei der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit, daran können solche Verstöße, solche Entgleisungen nichts ändern. Das darf ich aber draußen nur sagen, wenn ich es heute hier sage. Ist es vergeblich gesagt, dann ist es nicht meine Schuld. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Lauffenberg: Wohl niemand hier im Saale ist, der nicht das Wort Raffalles unterbreite, daß die Wissenschaft frei sein muß, frei bis zum Mißbrauch. Aber Politik, wenn sie auf wissenschaftlicher Basis ruht, ist und bleibt die Gruppenbewegung der Gesellschaft und was die Gruppen zusammenhält ist ihre Gesellschaftstheorie, ihr Programm. Wer sich außerhalb der Grundlagen des Programms stellt, gehört nicht mehr zur Partei. Hildebrands Gedanken-gang konsequent durchgeführt, ist die Verneinung der Möglichkeit des Sozialismus. Der demokratische Kampf der Arbeiter zielt doch ab auf die Verfügungsmöglichkeit über die gesellschaftlichen Produktionsmittel. Zweifellos sind wir alle für die Meinungsfreiheit in unseren Reihen, soweit es geht, und ich verstehe es sehr wohl, wenn gerade die Vertreter des rechten Flügels für größere Freiheit eintreten. Aber die elementaren Grundprinzipien dürfen wir nicht aufgeben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich ein einmütiges Votum des Parteitages in dieser Frage erzielen ließe. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, folgendem Antrag zuzustimmen: „Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrands in keiner Weise die übrigen sind, daß Hildebrand im Rahmen seiner heutigen Anschauungen sich nicht eignet, als Interpret, als Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten, daß er jede Verantwortung für die Ideen Hildebrands, für sein politisches Auftreten ablehnt und daß er im übrigen erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird. (Lebhafter Beifall.)

Sbert beantragt mit Rücksicht auf die Aufnahme dieses Antrags Lauffenberg durch den Parteitag Schluß der Debatte.

Gottschalk-Königsberg spricht gerade mit Rücksicht auf den neuen Antrag, dessen Tragweite noch garnicht gewürdigt sei, gegen den Schlußantrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dr. Süßheim (Schlußwort): Durch den unerwarteten Antrag Lauffenberg ist ein ganz neues Moment in die Debatte gekommen. Er will Genossen mit zweierlei Recht schaffern, gewissermaßen Genossen, denen wir die politischen Ehrenrechte in der Partei abschneiden. Das gibt es nicht. (Widerspruch.) Ich glaube, die aus persönlichen und auch wohl aus taktischen Gründen von Lauffenberg vorgeschlagene Brücke dürfen wir nicht betreten. — Nach wie vor bestreite ich, daß es sich in Hildebrands Buch um Zukunftspartisanen handelt. Es heißt in seinem Buche: Wenn irgend wann, so bietet sich jetzt Gelegenheit, daß die westeuropäischen Völker sich über den Klassenkampf hinweg brüderlich die Hand reichen. Die persönlichen Eigenschaften Hildebrands können für seine Parteizugehörigkeit nicht maßgebend sein. Die Entscheidung ist auch nicht leicht geworden. Aber es kommt hier nicht auf Gefühlsgründe, auf Mitleid an. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt. Das ist notwendig zu sagen gegenüber dem flammenden Protest Heines. Wenn Hildebrand seine Ideen in einem Buche und in Vorträgen vertreten hat, so ist das doch eine Handlung. Wenn jemand sich soweit wie Hildebrand von den Grundanschauungen der Partei entfernt hat, so behält er zwar seine Meinungsfreiheit, aber außerhalb der Partei. (Beifall.)

Hildebrand: Dittmann hat auch heute wieder nachweisen wollen, daß ich schon lange vor dem Erscheinen meines Buches, schon bei der Kündigung den Eindruck gehabt hätte, mit meinen Anschauungen von der Anschauung der Solinger Parteigenossen abzuweichen. Das war nur in einzelnen Fällen der Fall. Nicht weil ich für meine speziellen Anschauungen bei den Genossen Solingens kein Verständnis gefunden hätte, habe ich meine Redakteurstelle gekündigt, sondern weil meiner Auffassung der politischen Sinn unter den Solinger Arbeitern zu wenig gepflegt wurde, weil der elende Gewerkschaftsstreit nicht aufhören wollte. Unter dem deprimierenden Eindruck der Ablehnung der Einigungsbestrebungen in diesem Gewerkschaftsstreit habe ich die Redaktion niedergelegt. — Auf die jegige Sozialpolitik habe ich mich niemals festgelegt; ich habe nur geschrieben, daß wenn überhaupt keine Zölle geschaffen worden wären, die landwirtschaftliche Bevölkerung rapide zurückgegangen wäre. — Im übrigen bin ich nach wie vor der Meinung, daß im Interesse der wissenschaftlichen Meinungsfreiheit innerhalb der Partei mein Ausschluß nicht erfolgen darf. Wie Sie auch beschließen mögen, so werde ich doch auch in Zukunft mich als demokratischer Sozialist fühlen. (Beifall.)

Sofricher befreit gesagt zu haben, es sei gut, daß die Beisitzer im Schiedsgericht das Buch Hildebrands nicht gelesen hätten.

Klara Zetkin: Heine hat mir den Vorwurf der Parteischädigung gemacht. Ich kann nur wünschen, daß die Partei durch die verschiedenartigen Handlungen und Reden Heines nicht mehr geschädigt wird als heute durch mich. (Lebh. Zustimmung.)

Die Annahme des Kommissionsantrages durch die große Mehrheit wird besonders von den Tribünen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Antrag Lauffenberg ist damit erledigt. Hildebrand verläßt den Saal.

Es wird weiter verhandelt über den Bericht der Beschwerdef Kommission.

Hoffmann-Damburg berichtet über weitere Beschwerdefälle. Es handelt sich zunächst um die Stimmzettelveränderung gegen die von der Parteiversammlung festgesetzte Reihenfolge in der Gemeinde Stuttgart. Genosse Duster ist beschuldigt, solche abgeänderten Stimmzettel verbreitet zu haben und vom Schiedsgericht war er für ungeeignet erklärt worden, zwei Jahre ein Ehrenamt zu bekleiden. Duster hat Berufung eingelegt. Die Beschwerdef Kommission hat in Würdigung der in Stuttgart bestehenden Verhältnisse die Berufung abgelehnt und empfiehlt dem Parteitag, das ersteinstanzliche Urteil zu bestätigen.

Der Parteitag stimmt dem Urteil der Kommission zu.

Limberg-Offen berichtet über weitere Beschwerdefälle von geringererem öffentlichen Interesse. Der Parteitag tritt in allen Fällen den Beschlüssen der Beschwerdef Kommission

bei. (In den meisten Fällen handelt es sich um Streitigkeiten, die wegen der Nichtabführung des Arbeitsverdienstes am 1. Mai entstanden sind.)

Eine Beschwerde von 50 Bremer Genossen erhebt Einspruch gegen die Aufnahme Radeks in die Bremer Organisation.

Die Kommission schlägt vor, diese Angelegenheit zur weiteren Behandlung dem Parteivorstand zu überweisen. **Pannekoek** erklärt, daß kein Grund vorlag für die Bremer Organisation, Radek nicht aufzunehmen.

Eine Förderung des Falles Radek wird abgelehnt. **Vorsitzender Gause** verliest eine Erklärung Radeks, worin dieser behauptet, daß er von 1908—1911 in Berlin organisiert sei und alle Pflichten erfüllt habe.

Sbert (Vorsitzmitglied) bestritt letzteres und bittet den Parteitag den Parteivorstand nicht irgendwie festzulegen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdef Kommission.

Vorl. Gause gibt die Wahlergebnisse bekannt. Vorstand und Kontrollkommission sind in ihren bisherigen Mitgliedern wiedergewählt.

Mollenbuhr referiert hierauf kurz über den nächsten Internationalen Kongreß in Wien, der 1913 dort stattfinden soll. Er empfiehlt dem Parteitag zu beschließen, daß die deutsche Delegation im Internationalen Bureau dem Vorschlag der Holländer beitrifft, den Kongreß erst 1914 abzuhalten. Einmal ist 1914 das Jubiläumsjahr für den ersten Internationalen Kongreß 1889 in Paris, dann ist das Jahr 1913 nicht günstig wegen der in diesem Jahre stattfindenden preußischen Landtagswahlen. Weiter bittet der Redner die deutsche Delegation auf höchstens 150 Delegierte festzusetzen.

Der Antrag Mollenbuhr, den Kongreß erst 1914 abzuhalten, aber wenn der Kongreß doch schon 1913 stattfindet, das Thema „Imperialismus“ zu verhandeln und die Delegation auf höchstens 150 Teilnehmer festgesetzt wird, wird angenommen. Alle übrigen zu diesem Punkte gestellten Anträge werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Auch fast alle übrigen noch gestellten Anträge werden entweder nicht genügend unterstützt oder zurückgezogen.

Einige wenige genügend unterstützten Anträge werden dem Parteivorstande als Material überwiesen.

In bezug auf die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag liegt ein Antrag vor, diese Wahl dem Parteivorstand zu überlassen.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch **Lebebour** mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und den Bildungsausschuß in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Damit sind die Verhandlungen des Parteitages zu Ende. **Vorl. Gause** hält das Schlußwort. Er dankt den Chemnitzer Genossen für ihre Mühewaltung. Der Parteitag hat fruchtbare Tätigkeit ausgeübt. Die innere Zusammengehörigkeit der Parteigenossen hat sich in der brüderlichen Art der Verhandlungen gezeigt. Die Geschlossenheit der Partei hat sich wieder glänzend erwiesen. Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch!

Der Parteitag ist geschlossen.

Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein. Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen die erste Strophe der Arbeiter-Marschallise an.

Schluß 1/25 Uhr.

Der Prozeß gegen Borchard und Leinert.

Unter gewaltigem Andrang, den der kleine Gerichtssaal nicht entfernt fassen konnte, begann am Montag vor der Strafkammer des Direktors Schmidt vom Landgericht I Berlin die Verhandlung gegen die aus dem preußischen Abgeordnetenhaus durch Polizeifälle hinausgeworfenen Abgeordneten Genossen **Borchard** und **Leinert** wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt **Breuß**, der Chef der Berliner Staatsanwaltschaft. Es ist die letzte Sache, die er führt, denn er ist an die Oberstaatsanwaltschaft nach Königsberg verlegt. Andere Genossen werden verteidigt von den Rechtsanwältinnen Genossen **Heine**, **Heinemann** und **Gause**. Die Verhandlung begann mit einer Verzögerung, die durch die Erkrankung eines Richters verschuldet war. Ein nettes Wortspiel zu der Verhandlung war, daß ein armer Teufel, der einen Handwagen gestohlen hatte, um ins Gefängnis zu kommen (das Krankenhaus hatte keine Aufnahme abgelehnt), wegen Rückfalldiebstahls zu drei Monaten verurteilt wurde, obgleich der Staatsanwalt selbst nur 14 Tage bestrafen hatte. Und dann begann die Verhandlung gegen unsere Genossen. **Borchard** gab eine eingehende Schilderung der wohl noch erinnerlichen Vorgänge in der Sitzung vom 9. März. Er erklärte, daß er nie daran gedacht hätte, daß sich aus so lächerlich keinem Anlaß eine derartige Sache entwickeln werde. Nachdem er aber vom Präsidenten ausgeschlossen war, habe er es für seine Pflicht gehalten, der von ihm für verfassungswidrig und gesetzwidrig angesehenen Ausschließung den energigsten Widerstand entgegenzusetzen und auch nochmal in den Saal einzudringen, um festzustellen, ob auch das Verbrechen der Verhinderung eines gewaltigen entfernten Abgeordneten am Wiedereintritt in die gesetzbefehlende Versammlung begangen werde. Genosse **Leinert** betraf sich darauf, daß der Präsident ihn doch zur Einnahme seines Platzes aufgefordert hatte und daß er selbstverständlich den ihm zugewiesenen Platz als Abgeordneter nicht auf die Aufforderung eines Polizeileutnants zu räumen habe. Beide Angeklagten gaben natürlich die Tatsache des Widerstandes gegen die Schutzleute vollkommen zu. — Als Zeugen wurden der Polizeileutnant **Kohl** und zwei Schutzleute vernommen, die den Tatbestand so schilderten, wie er ja bekannt ist. Das stenographische Protokoll über jene Sitzung wurde zum größten Teil verlesen. Auf die weiteren Zeugen wurde verzichtet. Der Staatsanwalt schien daraus Kapital schlagen zu wollen, daß unsere Genossen sich bei der Ablehnung ihrer Beschwerde gegen die Einstellung der Untersuchung gegen die Polizeibeamten beruhigt und nicht die Entscheidung des Strafsenats beim Kammergericht in Anspruch genommen hätten. Unsere Genossen beriefen sich jedoch auf den Rat ihres Verteidigers, der sie dazu veranlaßt habe, und Genosse **Heine** erklärte, daß man das getan habe, weil inzwischen doch die vorliegende Anklage erhoben wurde und somit Gelegenheit gegeben sei, die ganze Sache vor das Reichsgericht zu bringen. — Nach Schluß der sehr kurzen Beweisnahme hielt Oberstaatsanwalt **Breuß** eine längere Anklagerede, an deren Schluß er beantragte, **Borchard** zu 5 Wochen Gefängnis und **Leinert** zu 200 Mk. Geldstrafe zu verurteilen. Die rechtlichen Ausführungen des Oberstaatsanwaltes wurden vom Genossen **Heinemann** in einer 2 1/2 stündigen meisterhaften Rede bekämpft und, man kann wohl sagen, völlig widerlegt. **Heinemann** wies besonders darauf hin, daß der § 64 der Geschäftsordnung, der Hausrechtsparagraf, unbedingt verfassungswidrig sei, denn der Artikel 64 der preußischen Verfassung könne nur einen Verlust des Abgeordnetenstatus und

der Stimme durch Beförderung zum Staatsdienst, der § 64 der Geschäftsordnung füge einen Verlust der Stimme durch Ausschluß aus der Sitzung hinzu. Und nun sei weiter bestimmt, daß, wenn eine Abstimmung durch die Stimme des Ausschließenen hätte zu einem anderen Ergebnis führen können, die Abstimmung nach seinem Wiedereintritt zu wiederholen sei. Das gelte aber nicht für Geschäftsordnungsfragen, obgleich gerade solche die allerwichtigsten sein können und das Aussehen der Gesetze stark beeinflussen. Und weiter könne der Ausschließene, desentwegen eine Abstimmung wiederholt sei, der also dadurch zur entscheidenden Person für ganze Gesetze werden könne, sein Votum nicht begründen und auch keine Anhänger dafür werben. Schon das Wort Parlament zeige, daß das Reden die Hauptsache darin sei und wieviel mehr sei dies erst notwendig, wenn es sich um den Mann handelt, der durch seine Stimme gegebenenfalls ein ganzes Gesetz entscheidend beeinflusse. Der § 64 sei also unbedingt verfassungswidrig.

In später Abendstunde wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Brau- und Mühlenindustrie. Nach fast endlichen Korrespondenzen und Verhandlungen konnte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mit den beiden Brauereien in Celle und den Niederlagen der dort vertretenen auswärtigen Brauereien einen neuen Tarifvertrag für die Dauer von 4 Jahren vereinbaren. Die Verhandlungen mußten mit dem Syndikus der Brauereien **Dr. Wolff-Hannover** geführt werden, dessen Verschleppungstaktik bekanntlich in den Brauereien der Nachbarstadt Uelzen zur Arbeitsniederlegung führte, vor der auch die Celler Brauereiarbeiter standen. Schließlich kam es doch noch zu einer Einigung. Die Arbeitszeit wird für vier Monate täglich um 1/2 Stunde, für 2 Monate um 1 Stunde verkürzt. Während der Tarifdauer erhöhen sich die Wochenlöhne um 1,50—2,50 Mark, für einige Mann um 3 Mark. Für Nachtarbeit werden 1 Mark Zulage bezahlt. Erhöht werden noch die Entlohnung für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten um 5—10 Pfg. pro Stunde, für einige Touren die Spejen um 50 Pfg. und für die Doujour an Sonntagen um 50 Pfg. bis 1 Mark. Kennenswert ist noch, daß das Bierausfahren an Sonntagen im Winterhalbjahr gänzlich unterbleibt. Ein weiterer Tarifabschluß erfolgte mit der Brauerei **3 im mermann-Dobberan**, wo es vor 4 Jahren zum Streik kam. Gegenüber dem bisherigen Tarif wurde die Arbeitszeit im Sommerhalbjahr um 1/2 Stunde, im Winterhalbjahr um 1/2 Stunde täglich verkürzt. Außer der durch Verlängerung des bisherigen Tarifes bereits erfolgten Lohnerhöhung von 2 Mark werden sofort 1—2 Mark und in nächsten Jahre eine weitere Mark Zulage gewährt. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten wurden um 5—10 Pfg. erhöht und ein Urlaub von 2—4 Tagen vereinbart. Mit den beiden **Lüneburger Mühlen** wurde ein Vereinbarung getroffen, wodurch die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wurde. Die Löhne wurden pro Woche um 50 Pfg. bis 1 Mark, die Sätze für Sonntagsarbeiten und Ueberstunden um je 5 Pfg. die Stunde erhöht. Neu eingeführt wurde die Entlohnung der sogenannten Wassermühle und das Füttern der Pferde an Sonntagen mit je 1 Mark. Ebenso die Lourengelder für Kutsher von 25 Pfg. bis 1 Mark. Bei militärischen Übungen werden 1—2 Mark pro Tag vergütet. Die Organisation der Arbeiter wird anerkannt.

Boykott gegen die Zigarettenfabrik Nestor Gianacis in Frankfurt a. M. Sonderbare Praktiken der Firma Nestor Gianacis, Zigarettenfabrik in Frankfurt a. M., haben die Arbeiter gezwungen, in einen Abwehrkampf einzutreten. Troßdem nach § 124 der Gewerbeordnung Affordarbeiter (und das sind die Zigarettenarbeiter) ausreichende Beschäftigung beanspruchen können, legte die Firma eine neue Arbeitsordnung zur Unterschrift vor, nach welcher die Arbeiter mit jedem ihnen gestellten Pensum zufrieden sein sollten, auch wenn es nur für einige Wochentage Beschäftigung reichte. Darauf konnten die Arbeiter nicht eingehen, weil erstens der Verdienst auf ein Minimum herabgedrückt werden konnte, zumal wenn man immer neue Arbeiter einstellt, ohne entsprechende Zunahme des Absatzes; dann aber hätte die Firma es in der Hand, mit dieser Arbeitsordnung jederzeit mißliebige Arbeiter zu maßregeln, indem sie das Pensum soweit herabdrückt, daß diese davonlaufen müssen. Letzteres ist um so eher zu erwarten, als sie ohnehin auf die Organisation nicht gut zu sprechen ist und eine Fabrikkommission läntanweg abgelehnt hat. Der Direktor des Betriebes, der sonst in der ägyptischen Fabrik der Firma Gianacis tätig war, scheint auch hier die Arbeiter nach ägyptischem Maßstab behandeln zu wollen. Da die Arbeiter die Arbeitsordnung zu unterschreiben sich weigerten, wurden sie einfach ausgesperrt. Der Tabakarbeiterverband hat die Sache zu der seinigen gemacht und das Frankfurter Gewerkschaftsstatut hat unter Zustimmung der zuständigen Instanzen gegen die rigorose Firma den Boykott beschlossen. Hingegen ist es noch, daß sich die Zigarettenarbeiter des Betriebes dieser Firma in Cairo solidarisch erklärt haben. — Arbeiter! Kauft keine Zigaretten von der Firma Nestor Gianacis in Frankfurt a. M. und Cairo! Deutscher Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Frankfurt a. M.

Soziales.

Bauarbeiterchutz. Die von den beteiligten preußischen Reichsministern erlassenen „Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten“, haben eine kleine Ergänzung erfahren. Unter anderm soll in den Verordnungen künftighin bestimmt werden, daß die Unterkunftsräume zu erwärmen sind, sofern in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter + 10 Grad Celsius sinkt. Gleichzeitig hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß fortan bei Staatsbauten, und zwar sowohl bei solchen in eigener Regie als auch bei denen, die von Unternehmern ausgeführt werden, regelmäßig die geltenden Arbeiterchutzverordnungen auf der Baustelle auszuhängen sind. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Gemeinden bezüglich ihrer Bauten eine gleiche Anordnung treffen.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kultusminister gegen die Hurrjugend. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß das rheinische Provinzialkollegium in einer Verfügung an die ihm unterstellten Instanzen gegen die Zuführung der höheren Schüler zum Jungdeutschlandbund erklärt habe. Die Verfügung lautet: „Die Zuführung von „oben“ zufolge ergangen zu sein; denn aus Frankfurt a. M. wird jetzt gemeldet, vor kurzem sei ein Erlaß des preußischen Kultusministers an die Schulstellen ergangen, in dem darauf hingewiesen worden ist, daß bei der Pädagogik und ähnlichen Spielarten des militärischen Sports mit Vorsicht vorzugehen und jede Uebertriebung zu vermeiden sei, da mehrere Fälle festgestellt wurden, in denen Schüler durch Ueberanstrengung gesundheitlich geschädigt worden sind. Welches Geschrei wurde erhoben, wenn in der Arbeiterjugendbewegung solche Tollheiten getrieben würden, die die Jugend offensichtlich schädigen müssen!

Aus Nah und Fern.

Zu dem Abwurf von der Siegessäule in Berlin wird noch gemeldet: Der Wächter-Invalide bei der Siegessäule erklärte, Büttner habe ihm ein Erlaubnis schreiben der ministeriellen Baukommission vorgelegt. Da er das Schriftstück ohne Billie nicht lesen konnte, habe Büttner es ihm vorgelesen. Er habe ihm dann den Eintritt in die Umgitterung gestattet. Ein Schlosser habe zwei Querstangen entfernt, damit Büttner sein Fallschirm-Experiment unternehmen könnte. Bald darauf sei ein Pfiff erfolgt und Büttner in der Tiefe verschwunden. Die Films von dem Abwurf wurden beschlagnahmt.

Ein Konflikt mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn ist in Frankfurt a. M. ausgebrochen — allerdings ein unpolitischer. Der Abgeordnete Peter Spahn ist Präsident des Frankfurter Oberlandesgerichts. Bisher bestand an diesem Gericht die Gewohnheit, daß Rechtsanwältin, die zum Oberlandesgericht zugelassen sind, sich wohl in der mündlichen Verhandlung wie auch sonst, vertreten lassen können durch Anwälte, die nicht zugelassen sind. Auf Anordnung des Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn sind nun solche Vertreter zurückgewiesen worden. Der Frankfurter Anwaltverein hat gegen diese Anordnung eine Protesterklärung erlassen und will die Streitfrage durchsetzen eventuell bis zum Reichsgericht. Die Anwälte stützen sich auf die Anwaltsordnung, durch die die bisherige Gewohnheit sanktioniert ist.

Zur Sicherung des Wahlrechtsanspruches. Stadtrat und Polizeiamt zu Plauen i. V. haben eine Bekanntmachung erlassen, in der vor Zusammenrottungen und anderen Demonstrationen gewarnt wird. Im Jagowstile wird darauf hingewiesen, daß auch alle diejenigen, die aus bloßer Neugier an Demonstrationen teilnehmen, ihre gerichtliche Bestrafung zu erwarten haben. Es wird versichert, daß bei einer Wiederholung der Demonstrationen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit Nachdruck und Entschlossenheit betrieben werden soll. — Die Arbeiterschaft in Plauen kämpft gegen eine Verschlechterung des Gemeindefinanzrechts. Die städtischen und polizeilichen Maßnahmen sind daher verständlich.

Ein Ehepaar vom Auto getötet. Auf der Chaussee von Schneidemühl wurde ein hochbetagtes Arbeiter-Ehepaar von einem Automobil erfaßt und sofort getötet.

Brandunglück. In Margdorf bei Fürstenwalde wurde am Sonntag das Gehöft des Bauerhofbesizers Fallner durch einen Brand, dem die ganze Ernte und zahlreiches Vieh zum Opfer gefallen sind, vernichtet. Bei dem Versuch, das Vieh zu retten, erlitten Fallner und sein Knecht Nickel tödliche Brandwunden.

Entwischen. Aus dem Kamischer Zuchthaus sind der Einbrecher und Räuber Christian Storna, der noch eine Zuchthausstrafe bis 1926 zu verbüßen hat, und der Einbrecher Gustav Mittelstadt, der eine achtjährige Zuchthausstrafe hat, ausgebrochen. Beide haben längere Zeit hindurch die Reichshauptstadt und die Provinz unsicher gemacht.

Russisches. In Chabarowsk hat sich ein Skandalaffäre ereignet. Ein Rechtsanwalt und ein Beamter haben den Gehilfen des Direktors der Oststrecke der Amurbahn erbrochen und daraus Dokumente entnommen, die den Direktor sowie höhere Beamte des Verkehrsministeriums wegen Unterschlagungen bei den Bahnlieferungen schwer kompromittieren. Die beiden haben sich nach Petersburg gewandt, wo sie die Dokumente veröffentlichen wollen.

Schwümpfen durch ein heißes Rad. In der Karzsmühle der Alkaliwerke Westeregeln, Regierungsbezirk Magdeburg, wurde am Montag durch ein zerplatzendes eisernes Schwungrad ein Arbeiter getötet, vier Arbeiter wurden schwer verletzt; sie wurden nach Halle in die Klinik gebracht. Die Eisenstrammer des Riesenrades durchschlugen sämtliche Stoßwerke der Mühle und flogen durchs Dach aufs Feld.

Zwei Kinder einer Arbeiterfamilie erstickt. In Nauendorf bei Gotha lag am Sonntag früh ein Ehepaar seine drei kleinen Kinder allein in der Wohnung zurück, um Feldarbeit zu verrichten. Als die Mutter einige Stunden darauf heimkehrte, sah sie, wie Nachbarn sich Zugang in die Wohnung verschaffen wollten. Es stellte sich heraus, daß brennende Kohle aus dem Ofen gefallen war und ein Bett in Brand gesetzt hatte. Die zwei jüngsten Kinder, eins ein, das andere zwei Jahre alt, starben trotz sofort herbeigeholter ärztlicher Hilfe, das dritte, ältere Kind wurde gerettet.

Zu selbst deinen Nächsten lieben als dich selbst. Wenig getreu diesem menschlich schönen Spruch der Bibel scheint der katholische Pfarrer Dr. Stich zu sein. Vorige Woche verunglückte auf dem Bahnhof zu Markt-Redwitz der Rangiergehilfe Radra tödlich. Bei der Beerdigung des in seinem Beruf gefallenen, alleseitig beliebten Mannes spielte sich nach den Berichten bürgerlicher Blätter eine häßliche Szene ab. So schreibt das „Selber Tageblatt“:

... Eine zahlreiche Trauerverammlung gab dem auf so traurige Weise ums Leben gekommenen das letzte Geleit. Herr Pfarrer Dr. Stich leitete die Grabrede mit folgenden Worten ein: „Wir sind nicht hier am Grabe, um zu richten, das überlassen wir einem Höheren. Der Verstorbenen hat vor 8 Jahren eine Protestantin geheiratet, er hat keine Kinder protestantisch taufen lassen, und das wird ihm unsere heil-

ige Kirche nicht verzeihen, wir sollten ihm eigentlich das Gebet verweigern. Er war ein schlechter Katholik.“ — Weiter kam der Pfarrer vorerst nicht, denn Protestanten wie Katholiken waren über diese Beleidigung am Grabe, wo Trost gesendet werden soll, empört und machten durch lautes Schimpfen ihrem Ärger Luft. Die Mutter des Verunglückten wollte sich auf den Geistlichen stürzen und mußte zurückgehalten werden. Zum mindesten dreiviertel der Anwesenden verließen den Friedhof.

Was in mühevoller Agitation oftmals unsere Genossen nicht schaffen, die Unbuddhaftigkeit fanatischer Glaubenskämpfer erreicht es: sie lehrt die Leute nachdenken, ob denn wirklich das Handeln der frommen Hirten übereinstimmt mit den Lehren des großen Nazareners. Und nichts erschüttert die Macht des Pfaffenstums stärker als selbständiges Denken.

Eine Sauerstoff-Explosion hat sich am Montag vormittag 9 Uhr in der Maschinenfabrik F. Fleischmann u. Sohn in Nürnberg ereignet. Beim autogenen Schweißen in der Kesselschmiede platzte mit gewaltigem Knall ein Sauerstoffbehälter. Die Erschütterung war so stark, daß sämtliche Fenster scheiterten in der Umgegend zertrümmert wurden und die Nachbarschaft erschreckt aus den Wohnungen eilte. Die Kesselschmiede wurde vermüdet, das Dach abgehoben. Sechs Arbeiter haben Verletzungen erlitten, darunter zwei sehr schwere.

Zehn Goldklumpen gestohlen. Einbrecher drangen gestern morgen durch Einbrüche eines Fensters in das kanadische Auswanderungsbureau in Whitehall (London) und stahlen zehn Goldklumpen, die dort ausgestellt waren. Die Einbrecher wurden augenblicklich gestört, da sie einen kleinen Goldklumpen zurückließen.

Bergmannslos. Aus Madrid wird gemeldet, daß in einer Zeche in Puertollano durch einen Einsturz mehrere Bergleute getötet und viele verwundet worden sind.

20 Personen ertrunken. Von den Passagieren des auf der Drina gefahrenen Dampfers „Dobrowka“ sind nach den bisherigen Feststellungen zwanzig ums Leben gekommen.

Der 19. internationale Friedenskongreß wurde am 23. September in Genf vom Neuenburger Staatsrat Decoppet eröffnet. Etwa 400 Delegierte sind erschienen.

Zigeuner unter sich. Wie aus Nancy gemeldet wird, kam es zu Champigneulles zwischen zwei Zigeunerbanden zu einer Kauferei, wobei Feuerwaffen und Messer gebraucht wurden. Zwei Zigeuner wurden getötet und zwei tödlich verletzt. Der aus Frouard und Nancy herbeigerufenen Gendarmerie gelang es, das Handgemenge zu beendigen. Zahlreiche Zigeuner wurden festgenommen.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

Ein gutgetroffenes Kontorset. Wie weit die Gegenläge im nationalliberalen Lager sich bereits verschärft haben und mit welchem Hohn man in jungliberalen Kreisen das Bestreben der sogenannten Altliberalen verfolgt, sich nach oben beliebt zu machen, zeigt folgendes satirisches Inzerat einer Ullzeitung, die kürzlich auf einer Zusammenkunft der Berliner Jungliberalen verteilt worden ist, an der auch Herr Baffermann teilnahm:

Gesucht für unser Parteiaktienunternehmen leitende Kraft mit konservativen Grundsätzen, besten Beziehungen zur Regierung, geschickt im Vermitteln von Orden, Titeln und wirtschaftlichen Vergünstigungen, überhaupt erstklassig.

Differenzen an Heine, Schifferer u. Co. unter „Serwie“ an die Expedition der „Deutschen Tageszeitung“.

Natürlich sind die Friedberger höchst erbittert über diesen Spott.

Revolber-Attentat eines österreichischen Gymnasialisten. In der vierten Klasse des Gymnasiums in St. Pölten feuerte während des Unterrichts der Schüler Rudolf Glawat

auf seinen Klassenvorstand, Professor Schmidt, einen Revolvererschuß ab. Der Professor konnte jedoch noch rechtzeitig hinter das Pult flüchten, so daß der Schuß fehlging. Glawat eilte hierauf auf den Korridor, wo sich ihm der Schuldiener entgegenstellte, auf den Glawat gleichfalls einen Schuß abgab. Da der Schuldiener sich aber bückte, ging der Schuß in die Mauer. Darauf jagte sich Glawat zwei Schüsse in die Schläfe und wurde von der Rettungsgesellschaft ins Krankenhaus gebracht, wo er während der Operation starb. Glawat war der Sohn eines Schusters aus St. Pölten und ein mittelmäßig begabter Schüler, der von Professor Schmidt wegen seiner Nachlässigkeit wiederholt getadelt werden mußte. Als dies wieder geschah, zog der Schüler in einer zornigen Aufwallung den Revolver.

Eisenbahnkatastrophe in der Normandie. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Normandie ereignet. Von Caen war Sonntag morgen ein Sonderzug mit vielen hundert Ausflüglern nach dem normannischen Badeort Cabourg abgegangen. Als der Zug abends zurückfuhr, stieß er gegen 10 Uhr bei der Station Merville aus bis jetzt unbekannter Ursache mit einem anderen Zuge zusammen. Es gab eine furchtbare Katastrophe. Bis zur Stunde sind acht Tote und etwa zwanzig Schwerverletzte unter den Trümmern hervorgezogen worden. Einzelheiten fehlen noch.

Bereit in den Tod. Über ein Liebesdrama wird aus San Diego in Kalifornien berichtet. Der junge Adokat Miles Folsom und die Tochter eines schmerreichen Bankiers in San Diego, Miß Thelma Bartoe, hatten beschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, weil sich ihrer ehelichen Verbindung unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellten. Am Sonntagnachmittag schritten sie zur Tat. Sie bestiegen ein Automobil und unternahmen zunächst einen Ausflug, wobei Folsom den Kraftwagen selbst lenkte. Das Auto raste mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde dahin. Als der Wagen an einen tieferen Abgrund kam, ließ ihn der junge Mann absichtlich in voller Fahrt hinunterfahren. Beide Insassen waren sofort tot. Ihre Leichen wurden auf dem Grunde des Abhanges eng verschlungen aufgefunden.

Zum Polizeiskandal in New York. Der Chauffeur des Automobils, in dem seinerzeit die Mörder des Spielfeldbesizers Rosenthal nach der Mordtat entflohen, namens Schapiro, der sich augenblicklich in Untersuchungshaft befindet, erhielt einen anonymen Brief, worin er mit dem Tode bedroht wird, falls er seine Aussage gegen den Polizeileutnant Becker wiederholen sollte. Man verbietet ihm ferner, die Männer in irgend einer Weise zu beschuldigen, die sich augenblicklich wegen der Mordelegenheit Rosenthal in Untersuchungshaft befinden und angeklagt sind, an der Ermordung Rosenthals teilgenommen zu haben. Auch die Zeugen, die sich auf freiem Fuße befinden, und die Rechtsanwälte erhalten täglich Drohbriefe. So wurde Rechtsanwalt Loewy, der Verteidiger Schapiros, in einem anonymen Briefe aufgefordert, die Verteidigung niederzulegen, da sonst seine Tage gezählt seien.

Literarisches.

Imperialismus oder Sozialismus? Unter diesem Titel ist in den auf Veranlassung des Parteivorstandes herausgegebenen „Sozialdemokratischen Flugschriften“ eine neue Broschüre von 16 Seiten als Heft XII erschienen. Es enthält folgende Abschnitte: 1. Wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen. 2. Die Wirtschaftspolitik des Imperialismus. 3. Der kapitalistische Ausbeutungsdrang. 4. Das imperialistische Ideal. 5. Imperialistische Gewaltpolitik. 6. England und Deutschland. 7. Der Imperialismus und die innere Politik. 8. Steigender Gegenjah zwischen Kapital und Arbeit. 9. Der Kampf gegen die Kriegsgesfahr. 10. Der Kampf um die Macht. Wir wünschen der Broschüre, die in knapper und klarer Form über eine der wichtigsten politischen Fragen Aufklärung gibt, eine Massenverbreitung. Die Broschüre kostet 10 Pfg. und ist durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen. Vereine und Gewerkschaften erhalten bei Bezug für Massenverbreitung billige Preise. Auskunft gibt der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

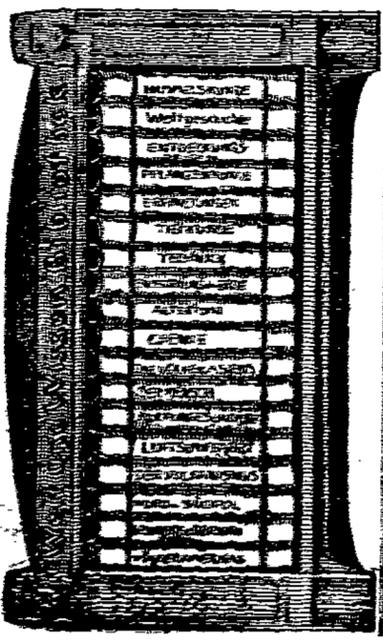
„Zu freien Stunden“. Eine Wochenschrift. Roman und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfg. Probenummern kostenlos vom Verlag. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postanstalten entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsere Leser teilen wir hierdurch ergebeut mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das gewöhnliche Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Gutschrift, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Hochbauzeit. — Wenn die Erde erquittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Welt und dessen Gegenwart.

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Berühmte Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte Haus- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden: Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes. Illustrierte Weltgeschichte. Die Entstehung der Erde. Illustrierte Himmelskunde. Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes. Denkwürdige Entdeckungsgeschichten. Denkwürdige Erfindungen. Illustrierte Tierkunde. Illustrierte Pflanzenkunde. Illustriertes Buch der Technik. Entdeckungsgeschichten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsgeschichten im schwarzen Erdteil. Illustriertes Buch der Chemie. Der Vulkanismus. Die Luftschiffahrt und der Aeroplan. Der Bau des menschlichen Körpers. Die Völker Asiens. Die Völker Afrikas. Die Völker Amerikas. Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellchein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.

Herren
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen“.

52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____